

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohnenpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mf., für einen Monat 6.— Mf. — Preis der Einzelnummer 20 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postkonto** Nr. 53477

Rедакция: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13683. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 geplante Koloniezeile oder deren Raum 1.00 Mf., bei Platzvorrichtung 2.80 Mf.; Familienanzeigen, die 7 geplante Zeile 1.70 Mf., Rellame-Koloniezeile 7.50 Mf. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Frankreich will bereits seine Reparationsforderungen mobilisieren.

Paris, 2. Februar. Die Abgeordneten Aubrios, Levassor, Regier und Barthélémy haben einen Gesetzentwurf eingebracht zwecks unverzüglicher Mobilisierung der französischen Schuldenförderung an Deutschland. Dieser Entwurf sieht die Ausgabe von Wechseln der Bank von Frankreich auf die deutsche Schule bis zur Höhe von 150 Milliarden vor, die nach und nach je nach Bedarf ausgegeben werden sollen. Diese Emission ist in erster Linie für die Wiederaufbauarbeiten in den verwüsteten Gebieten, für die Ablösung von Vors der nationalen Verteidigung und für eine beträchtliche Amortisation der französischen Renten, wodurch der Anleihemarkt ihr französisches Staatsanleihen wieder eröffnet werden soll, zu verwenden.

Zum selben Thema schreibt der Temps: Frankreich müsse schon in diesem Jahre ein beträchtliches Kapital finden. Mit einer einfachen deutschen Jahreszählung sei ihm nicht gewidmet. Selbst wenn die Exportsteuer sofort eine Milliarde oder 1½ Milliarden Goldmark ergeben würde, würde Frankreich zugleich der zwei Milliarden Annuitäten nur eine Summe erhalten, die beträchtlich geringer sei als die 18 Milliarden Franken, die sein Budget erfordere. Man müsse also schon von diesem Jahre an einen Teil der Summen, die in den nächsten Jahren zahlbar seien, flüssig machen, mit andern Worten, man müsse eine Serie ausländischer Anleihen vorbereiten, die als Sicherheit die von Deutschland verlangten Zahlungen hätten, und die dem französischen Schatz im voraus das Geld verschaffen, das er nötig habe. Auf die Frage, wie man dieses Hauptproblem lösen könne, meint das Blatt: Deutschland könne selbst Anleihen ausspielen, die durch die Annuitäten gedacht würden und die zu einem Teil dazu dienen würden, Frankreich im voraus zu begleiten. Um auf die deutschen Jahreszahlungen Geld zu leihen, müßten in erster Linie die eventuellen Geldseiter die Aussicht haben, daß sie pünktlich ihre Zinsen und ihre Amortisierung beklagen. Um dies sicherzustellen, gäbe es nur zwei Möglichkeiten: entweder die deutsche Regierung zeige sich entschlossen, die vorgeesehenen Annuitäten zu bezahlen und fähig, seine Finanzen zu reorganisieren, oder die Alliierten leisteten Garantie, daß die Deutschland zur Zahlung brächte, sei es durch Zwang oder durch Reformierung seiner Finanzen, wenn es widerständig und Zahlungsunfähig sei.

Französische Versetzung über die Abreise Bergmanns.

Paris, 3. Februar. (T.-U.) Die Agence Fournier meldet: Über die Abreise Bergmanns von Paris ist man verstimmt, da die Beratungen der Sachverständigen unterbrochen und bis März verschoben werden müssen. Man betrachtet hier die Abreise als den Anfang einer Sabotierung der Pariser Entscheidungen.

Verlassungsbrüche des bayrischen Justizministers.

München, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In der gestrigen Landtagssitzung wurde die Interpellation der USPD über die Maßregelung von Beamten mit sozialistischer Gesinnung behandelt. Genosse Garels führte eine Ulyzahl Fälle an, in denen Schuhleute, Gefängnisauflöser und Lehrer aus dem Dienst entlassen wurden, weil sie Mitglieder der USPD waren oder sonst sozialistische Gesinnung befunden hatten. Drei Regierungsräte und der Justizminister Roth antworteten auf die schweren Beschuldigungen unseres Genossen. Ihre langen gewundenen Erklärungen waren letzten Endes nichts anderes, als die Bestätigung der vorgebrachten Behauptungen, daß die bayrische Regierung, entgegen den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung und der bayrischen Verfassung, die den Beamten Freiheit der politischen Gesinnung garantieren, die Beamten dieses Rechtes beraubt und damit in wiederholten Fällen die Verfassung gebrochen hat. Der deutsch-nationale Justizminister Roth gestand unter stürmischer Zustimmung der bürgerlichen Parteien, daß in Bayern ein Mitglied der USPD nicht Gefängnisauflöser sein könne und daß er einen Ausschluß ausdrücklich wegen seiner Zugehörigkeit zur USPD gemahngestellt habe. — Die bayrische Reaktion fühlt sich so stark, daß sie ihre Verfassungsbrüche nicht einmal mit einem Schein des Rechts bekleidet, sondern sich frech vor aller Dessenlichkeit damit beschließt. Und der bayrische Justizminister, dessen Pflicht es ist, über Recht und Gesetz zu wachen, hat dabei die Führung!

Das bayrische Regierungsblatt gegen die Auflösung der Einwohnerwehren.

München, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In der bayrischen Staatszeitung, dem offiziellen Organ der bayrischen Regierung, schreibt Herr Rechberg, der Verfasser der Ludendorff-Denkchrift für ein gemeinsames Vorgehen Deutschlands und der Entente gegen Rußland, bei der Besprechung der Pariser Beschlüsse: „Die französische Politik, so wie sie jetzt orientiert ist, treibt nicht nur das übrige Europa, sondern auch Frankreich selbst in die Gewalt der Moskauer Regierung, unter deren

würgenden Händen alles ertrödigt wird, was die Kulturstadt Europas als ihre heiligsten Errungenschaften ansehen. Angesichts dieser Lage scheint es zweifellos richtig, daß das bayrische Volk auch gegenüber den neuen Pariser Forderungen nach Auflösung der Einwohnerwehren nicht nachgibt.“

Heute wird es aber die höchste Zeit, daß sich die Reichsregierung zu einem energischen Eingreifen gegen dieses verbrecherische Treiben aufstellt. Die Sabotage der früheren Beschlüsse über die Auflösung der sogenannten Selbstschutzorganisationen hat wesentlich mit dazu beigetragen, daß Deutschland jetzt die neuen schweren Bedingungen auferlegt werden sollen. Das Weiterbestehen der monarchisch orientierten, reaktionären bürgerlichen Kampforganisationen gefährdet nicht nur den Bestand der deutschen Republik, sondern stützt auch das deutsche Volk fortgesetzt in neue außenpolitische Konflikte. Deshalb muß energisch verlangt werden, daß die Regierung jetzt endlich dem freien Spiel mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes ein Ende macht.

Putschpläne der Kommunisten?

Berlin, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Das Magdeburger Polizeipräsidium teilt mit: Die Behörden in Stendal und Magdeburg sind kommunistischen Putschplänen auf die Spur gekommen. Es handelt sich dabei um einen Putsch, der in den nächsten Tagen in Stendal vor sich gehen sollte. Durch die Ermittlungen ist eine Reihe von Personen in Stendal belastet worden, so daß ihre Verhaftung angeordnet wurde. Die Spuren führen auch zu dem Magdeburger Kommunistenführer Bäcker, dessen Verhaftung ebenfalls erfolgte, weil sich bei der Durchsuchung des Büros der kommunistischen Partei bestehendes Material vorfand. Das Vorgehen beruht auf der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920, die die Organisierung militärischer Verbände unter schwere Strafen stellt.

Ausschreitungen in einem Lazarett.

Berlin, 3. Februar. In dem Versorgungslazarett Tegel kam es zu schweren Ausschreitungen der Insassen gegen den Chefarzt Dr. Saar. Als Dr. Saar die Auslieferung von Freikarten als unmöglich bezeichnete, drangen etwa 50 Patienten auf ihn ein. Der Arzt muhte auf die Straße flüchten. Das Hauptversorgungsamt hat das Lazarett von Polizei besetzen lassen und beschlossen, es anzulösen. Von den 200 Insassen werden 80 in andere Heilanstalten übergeführt; der Rest wird entlassen werden.

Berhinderte Waffenverschiebung.

Königsberg, 3. Februar. In Stolpönen wurden zwei Kraftwagen mit Gewehren und Munition beschlagnahmt, die anschließend nach dem Ausland verschoben werden sollten. Die Waffen wurden der Reichstreuhänder-Gesellschaft überwiesen.

Konferenz der österreichischen Nachfolgestaaten.

Berlin, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Wie aus Rom berichtet wird, wird die Konferenz der österreichischen Nachfolgestaaten auf italienischem Wunsch auf italienischem Boden in Porto Rosa bei Triest stattfinden, und zwar unter Vorbehalt eines italienischen Delegierten. Gleichfalls auf italienischem Wunsch soll dort jede politische Debatte ausgeschaltet werden.

Die russischen Genossenschaften als staatliche Organe.

Ein Dekret des Rates der Volkskommissare regelt die Finanzierung der Konsumgenossenschaften, die nach dem Wirtschaftsplan der Sowjetregierung als staatliche Verteilungsorgane zu fungieren haben. Die Genossenschaften erhalten vom Staat Geldmittel sowohl als Umlaufkapital, wie auch zur Bekleidung der Organisationskosten. Die Genossenschaften erhalten die Bedarfsartikel vom Staat und sind verpflichtet, sie an die Bevölkerung zu verteilen, für das Gelände der sozialistischen Sowjetrepublik einheitlichen Preisen abzugeben. Sie haben das Recht, für den Transport der Waren die Transportmittel der Bevölkerung auf dem Wege der Zwangsarbeit in Anspruch zu nehmen.

Schweres Grubenunglück.

Berlin, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Auf dem Kalischacht der Gewerkschaft Ilberkei ereignete sich heute morgen ein schweres Grubenunglück. Als die Frühshift einsfahren wollte, krachte ihr plötzlich Gas entgegen, die sich entzündeten. Ein Teil der Belegschaft wurde dadurch getötet. Sofort wurden Rettungsmaßnahmen eingeleitet. Bis 3 Uhr nachmittags waren 10 Tote geborgen, ferner 12 schwerverletzte, die gefährliche Brandwunden erlitten hatten, und 15 leichter Verletzte. Im Schacht befinden sich noch 9 Leute.

Deutsche und westliche Revolutionen.

Von Otto Jenken.

III.

Es hängt nicht nur vom Willen des Proletariats ab, welche Rolle die Diktatur spielt. Die Bourgeoisie kann durch ihr Verhalten die Klassengegensätze so verschärfen, daß eine Diktatur proletarischer Klassenorganisationen notwendig wird. Die Demokratie durch die Sabotage der Bourgeoisie vernichtet, wird ersehnt durch die Diktatur von Arbeiterräten, Gewerkschaften und andern Arbeiterorganisationen.

In Deutschland ist dank dem jungerlichen Geist, der die Kapitalistensklasse besiegt, die Möglichkeit einer solchen Diktatur gegeben. Doch birgt die Entwicklung bei der heutigen wirtschaftlichen Lage große ökonomische Gefahren, so daß die Arbeiterklasse kein Interesse daran hat, sie künstlich zu forcieren. Putsch und Gewaltakt der Militärs und des Bürgertums können uns aber in die Zwangslage versetzen, die Diktatur errichten zu müssen.

Diese Bedeutung der Diktatur im Kampf des deutschen Proletariats spiegelt ebenfalls die Zwischenstellung Deutschlands zwischen Rußland und England. Letzteres wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, den westlichen Typus der sozialen Revolution entwickeln. Nicht belastet mit feudalen Traditionen, ohne eine dahlreiche Bauernschaft, industriell hoch entwickelt, besteht England ein Bürgertum, das es bisher verstanden hat, durch rechtzeitige Reformen den revolutionären Willen der Arbeiterklasse einzuschärfen, oder durch geschickte Zugeständnisse an einzelne Gruppen und Berufe die Einheitlichkeit der proletarischen Bewegung zu schwächen.

Das Ende des industriellen Weltmonopols Englands, der Krieg und die Erschütterung des englischen Wirtschaftslebens, die drohende Konkurrenz durch die schlechtbezahlten Arbeiter Mitteleuropas und anderer Staaten mit schlechter Valuta, die allgemeine Teuerung haben auch in England die politischen Gegenseiten verschärft. Der Bildungssozialismus, das Streben nach industrieller Selbstverwaltung unter starker Mitwirkung der Gewerkschaften ist der Ausdruck der Unzufriedenheit der Massen. Auch die Bildung einer kommunistischen Partei, die soeben durch die Verschmelzung verschiedener kleiner Organisationen vollzogen wurde, ist ein Zeugnis für die Radikalisierung der Massen. Über diesen englischen radikalen Kommunismus bringt Lenin interessante Mitteilungen in seiner neuesten Proselytise. Er gibt dort auch die ökonomischen Unterschiede zwischen England und Rußland an, erwartet aber trotzdem nach vorübergehender Herrschaft der Arbeiterpartei eine Diktatur der Kommunisten. Wir werden auf diese Frage noch in anderem Zusammenhang zurückkommen. Hier sei nur bemerkt, daß gerade in diesen Partien Lenin zu sehr die russischen Erfahrungen verallgemeinert.

Es ist nicht die marxistische Theorie, die das Denken der fortgeschrittenen Schichten der angestellten Arbeiterschaft beherrscht, aber die Logik der Tatsachen drängt die Arbeiterklasse auf den Weg des Sozialismus. Das zeigt deutlich ein Rückblick auf die Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung von 1910 bis 1920. M. Beer gibt in seiner Schrift* eine gut unterrichtende, wenn auch etwas farblose Darstellung dieser Entwicklung und ergänzt die Mitteilungen Baur's über den Bildungssozialismus. Das bedingt auch eine Verschärfung der Klassengegensätze und wird die Taktik der herrschenden Klasse ändern. Auch englische Regierungen können Gewalt anwenden gegen das Proletariat, wie die Geschichte des Chartismus und die jüngsten Vorgänge in Irland beweisen. Heute aber, nach so lange demokratischer politischer Entwicklung bei einer stark organisierten Arbeiterklasse wird es jeder britischen Regierung äußerst schwer werden, längere Zeit mit Mitteln der Gewalt die englische Arbeiterklasse niederzuhalten.

Der Charakter der englischen sozialen Revolution wird ein ganz anderer sein, als der der russischen. Sie muß eine proletarische Revolution sein, die nach den Worten von Marx sich ständig kritisiert, die langsam vorstretet als die bürgerliche Revolution, der erwiesenermaßen nach all den dramatischen Effekten der Rahmenjammer folgt, wenn man die gesellschaftlichen Ergebnisse mit der aufgewandten Volkskraft vergleicht. Wie im einzelnen diese Revolution verläuft, welche Kampfmittel sie anwenden wird, können wir heute noch nicht sagen, es steht aber fest, daß die russische Revolution zu ihrem Teil anfängernd auf das englische Proletariat gewirkt hat. Erfahrungen des russischen Proletariats, das in modernen Großbetrieben beschäftigt war, politischer Streik, besonders der Eisenbahner, Zusammenwirken der Arbeiterklasse der verschiedenen Berufe usw. werden in England selbstverständlich beherzigt werden müssen. Die russischen Erfahrungen zeigen

* N. Lenin: Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus. Herausgegeben vom westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale (Kommissionsverlag: Francke Verlag, G. m. b. H., Leipzig).

** M. Beer: Der britische Sozialismus der Gegenwart. Stuttgart, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. 1920. 48 S.

die Überlegenheit einer Klassenpolitik über eine gewerkschaftliche Berufspolitik zu deutlich. Der englische Bergarbeiterstreit und die Zusammenstöße großer englischer Gewerkschaften zeigen, daß sich die englische Arbeiterschaft jüngst diese Erfahrungen aneignet, daß aber alte Traditionen immer noch mächtig sind. Das zeigt sich auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Der Kampf gegen die Interventionspolitik der britischen Regierung hat die Arbeiterschaft des Kaiserreichs wieder die Bedeutung internationaler politischer Zusammenhänge erkennen gelehrt. Die Tendenzen dieser englischen Entwicklung, dem Gegenpol von Russland, die auch für Deutschland große praktische und theoretische Bedeutung hat, kennzeichnet treffend Karl Rautsch in seiner neuesten Schrift.***

„Die Folgeereignungen des Krieges haben die Massen rasch radikalisiert. Jahrzehnte Ultra rechts ins sozialistische Lager geführt und den Bruch zwischen Arbeiterschaft und Liberalismus vollendet. Das, was man „Kriegssozialismus“ nennt, hat die Arbeiterschaft auch in England mit dem Eingreifen des Staates in das wirtschaftliche Leben vertraut gemacht. . . . Indessen mit dem Rückzug der proletarischen Bedürfnisse und der proletarischen Macht allein ist es nicht abgetan. Es müssen auch die materiellen Bedingungen gegeben sein, die Bedürfnisse zu befriedigen. . . . Nun sind die materiellen Bedingungen, den Bedürfnissen der Massen zu genügen und ihnen durch sozialistische Maßregeln erhöhte Wohlstand auszuführen, heute in keinem europäischen Staat in höherem Maße gegeben als in England. . . .

In England finden wir daher heute am ehesten den Willen der Volksmehrheit und die ökonomischen, intellektuellen und politischen Voraussetzungen für fortwährende Vergesellschaftung der Produktion gegeben und jede sozialistische Fortschritt wird dort ein dauerndes sein. Der Engländer ist langsam im Fortschreiten, er jagt nicht sozialistischen Projekten und Experimenten nach, prüft stets vor jedem Schritte, den er tut, die Solidität des Bodens. Aber er wehrt sich auss energisch gegen jeden Schritt zurück. Es gibt in England keine politische Gewalt, das, was auf dem Wege der Demokratie errungen worden, gegen den Willen der Volksmehrheit wieder zurück zu machen. Und wir haben keinen Grund, anzunehmen, die Partei der Arbeiter werde in England Maßnahmen durchleben, die sich später als verfehlt erweisen und die den Massen selbst leid werden. Dazu sind die Engländer zu kluge und erfahrene Geschäftsleute. . . . Der englische Sozialismus wird ein wirklich demokratischer sein. Die Methoden seiner Durchführung und die Formen seiner Organisation werden in Übereinstimmung sein mit der Entwicklungshöhe der Industrie, der Arbeiterschaft, der Gesellschaft des heute in jeder Beziehung vorgeschrittensten Landes der Welt. (S. 84—85.)“

Das deutsche Proletariat kann seine Revolution, die von so vielen äußeren und inneren Gefahren bedroht ist, nur zu einem glücklichen Ende führen, wenn es die Erfahrungen der östlichen und westlichen Revolutionen unserer Tage bei seiner Politik und Taktik berücksichtigt. Den Herosmus und den Opfermut der jungen russischen Arbeiterschaft vereinigt mit der klaren Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen die deutschen Arbeiter ihren Befreiungskampf führen müssen. Die wirtschaftliche Struktur Deutschlands ist eher englisch als russisch, aber in der Politik sind noch viele Reste, die an den Jacobins gemahnen. Daraus erklärt sich der eigenartige Charakter der deutschen Revolution, die das Proletariat vor verwirrte Aufgaben stellt. Es gilt den Kampf zu führen gegen einen gewalttätigen Gegner. Dieser Kampf wird erschwert durch die Rücksicht, die bei politischen Aktionen genommen werden muß auf den sozialistischen Umbau der Wirtschaft. Dieser wird kompliziert durch die Erschöpfung der Produktionsmittel durch die Verschwendungen während des Weltkriegs. Die Sozialisierung im modernen Großstaat ist eben ein viel weiterer Prozeß, als die Herstellung des bürgerlichen Privateigentums in Russland. Dies gilt es zu bedenken, wenn man die deutsche Revolution wirklich vorwärts treiben will.

*** K. Rautsch: Vergangenheit und Zukunft der Internationale. Wien 1920. Wiener Volksbuchhandlung, 88 S.

Tumulte im Reichstag.

Berlin, 2. Februar.

Es sollte heute recht feierlich werden. Und endete mit einem greulichen Spektakel.

Vor dem starkbesetzten Hause und brechend vollen Tribünen nahm zunächst der Demokrat Schiffer als Mundstück aller bürgerlichen Parteien (ausgenommen die Deutschnationalen) das Wort zur Verlesung einer Erklärung zu den Ententesforderungen und der gestrigen Rede des Außenministers Simons. Es waren starke und klangoale Worte, die am Platze gewesen wären, als der deutsche Imperialismus in schäumender Siegestollheit und blinder Plasjeri sich in Gewaltekzessen gegen andere Völker erging. Es wäre dann manches anders gekommen. Nun aber ermangeln die Delegationen dieser Partei im Auslande jeder moralischen Kraft.

Herr Schiffer sprach davon, daß die Ententesforderungen mit der Ehre und den Lebensbedingungen Deutschlands unvereinbar seien und daß die hinter ihm stehenden Parteien in Schmerz und Empörung jüngst Widerspruch erheben gegen den Mißbrauch der Gewalt. Er billigte die Erklärung des Außenministers. Gegen die Entwaffnungswünsche, die er im Geiste sozialer Gewissenshaft zu behandeln wünscht, beschwört er gleichwohl das Gewissen des „Weltbolschewismus“, womit er sich einen schallenden Heiterkeitsseß auf der Linken sicherte. Im allgemeinen sind die Forderungen der Alliierten für ihn unannehmbar. Er erhofft von der Regierung das Zustandekommen von Vereinbarungen, die endlich der Welt Ruhe bringen.“

Für die Rechtssozialisten verlos Müller eine Grätzwa, die an Scheidemanns berühmte Rede von der „Hand, die verdorben müsse . . .“ erinnerte. Eine Regierung, die die Ausführung dieser Verpflichtungen übernimmt, wird sich nicht finden, sagte Müller mit Betonung. Die Annahme der Forderungen müsse zur Verwendung der Arbeiter führen, die doch die stärksten Stützen der Republik seien.

Diese Ausführungen fanden bei den Bürgerschen, die mit kluger Berechnung eine volle Seelengemeinschaft zwischen ihnen und den proletarischen Parteien nach außen zu markieren suchten, donnernden Beifall.

Die nun folgende Erklärung der Deutschnationalen, die der ehemalige Preußenminister Hergt, der schlaue deutsche Siegesprophet („die Amerikaner können nicht liegen, also können sie uns nichts tun“), zum Vortrag brachte, rief Szenen hervor, die ganz aus dem Bilde führender nationaler Harmonie herausstießen. Dieser Kriegsheiter und Chauvinist, der ohne Bedenken jedem anderen Volke in gleich grausamer Weise wie die Entente uns den

Stich in den Nacken setzen würde, — wenn die eigenen Werkzeuge der Wölterknechtung ihm nicht zerbrochen vor dem Höhepunkt, diesem Hergt ist es ein leichtes, Stürme der Entrüstung, gegen sich zu entfesseln. Wessen sie Deutschnationalen in ihrer Gewissenlosigkeit und ihren irrsinnigen Renanegesellien fähig sind, kam in der Herzlichen Erklärung zum Vorschein. Keine Entwaffnung! Widerstand! Kein Diskutieren über die finanziellen Forderungen! Die Ententevorschläge dürfen nicht einmal als Vorschläge, nicht einmal als Auftaktspunkte für die Beratungen dienen. Der Friedensvertrag von Versailles ist für uns verrikt! So deflamierte der Vorführer jener Rasse, die selbst ganz genau weiß, daß ihre Politik Deutschland dorthin geführt hat, wo es heute steht, und die neuendes mit einer hitzigen „nationalen“ Wildwest-Ahnenstuerie Deutschland und seiner Arbeiterschaft den Rest geben will! Kein Wunder, daß da der Widerspruch gegen diese Sorte Vorführer der deutschen Interessen gegen die Plündereungsgruppe der Alliierten hochauflammt und Sichter protestierender Leibenschaft durchs Haus rasten.

Unter Redner Ledebour hat dann den deutschnationalen Vaterlandstreitern die Larve vom Gesicht gerissen und an den Taten diese gezeigt, wie wenig Recht sie haben, jetzt über die Gewaltergasse der Kriegsgegner zu ziehen. Sachlich und ausführlich begründete dann Ledebour unsere Stellung zu dieser Angelegenheit. Wenn wir auch die Erfüllung der finanziellen Ansprüche der Entente als unmöglich erkennen und im Interesse der deutschen Arbeiterschaft Verhandlungen mit der Entente zur Schaffung einer Verständigung verlangen, so verschweigen wir doch keinen Augenblick, daß Fehler der deutschen Politik in Kriegs- und Nachkriegszeit dazu beigebracht haben, daß jetzt die Gefahr eines verhängnisvollen Ententeabkommens vor uns steht. Auf keinen Fall dürfe durch Anwendung deutschnationaler Methoden die Möglichkeit verbaut werden, durch Vereinbarungen mit den Alliierten eine exträgliche Regelung zu schaffen.

Der Kommunist Levi pries Sowjetrußland als Retter aus allen Nöten.

Nun gab der Präsident Löbe die Veranlassung zu lärmischen Zwischenfällen. Er ließ es sich nicht nehmen, nach Schluss der Debatte ein „Résumé“ zu geben, das den begeisterten Beifall der Rechten und des nationalsozialistischen Mobs auf den Tribünen auslöste. Vielleicht hätte die Linke diese Präsidentenansprache mit einem peinlichen Gefühl still passieren lassen, wenn eben nicht die Rechte durch demonstrativen Beifall den Löbischen Worten eine ganz bestimmte politische Note aufgedrückt hätte, die Widerspruch hervorruft musste. Es sah deshalb eine bewegte Geschäftskordungsdebatte ein, in der Crispin, Adolf Hoffmann und Levi und Ledebour das Verhalten des Präsidenten zurückwiesen, während Trimborn vom Zentrum und im Namen der bürgerlichen Parteien schlicht seine Fittiche über Löbe breitete.

Allzuviel Salz verdichtet das Gericht. Allzuviel nationales Brimborium hat heute den „Nationalen“ den gewollten Zweck vereitelt. Zwar haben sich die unentwegten Schwarzwalderoten heutzustehen dürfen wie seit langem nicht mehr. Aber daß ihre Aktion in Spektakel statt im gemeinsamen Gesang der Wacht am Rhein endete, wird ihre Freude vergällen. Auch die Rechtssozialisten haben heute an ihrem sonst so geschickten und taktvollen Präsidenten keine Freude erlebt.

Zum Schlusse sandt der Militär- und Marinestat Erledigung. Die bürgerlichen Anträge wurden sämtlich angenommen, die sozialdemokratischen oder unabhängigen fast restlos abgelehnt. Ein von den Helferschleuten bis zu den Demokraten (einziglich!) reichender Militärblock brach jeden Widerstand . . .

Wohnungsmangel und Wohnungselend.

Von Anna Ziegler, Heilbronn, M. d. R.

Die Wohnungsnot ist in Stadt und Land katastrophal. Hatten wir schon in Vorkriegszeiten eine schlimme Wohnungsnot, so wurde durch den Krieg das damit verbundene Elend ins Unendliche gesteigert. Die in Vorkriegszeiten aus hohen Kosten gebildeten und aufgehobenen Wohnungen (Licht- und lauflose Kellerwohnungen und ungejunde Dachräume) werden heute als Notwohnungen eingerichtet. Wohnungsleid bedeutet häusliches Elend, Zerrüttung des Familienglücks. Die Armuten der Armen müssen in Krankheitsböhlen hausen. Grauenhaft Bilder erschlossen sich schon vor dem Kriege denjenigen, die sich auf soziale Gedanken befaßt hatten, um das Wohnungsleid zu bekämpfen. Die Statistik vom Jahre 1908 beweist uns, daß in 34 Städten der 10. Teil der Wohnungen leerstand. In Berlin muhten damals 900 000 Menschen mit mehr als 4 Köpfen in einem Zimmer lampieren. In 81 765 Wohnungen war ein Schlafzähler in der Familie aufgenommen, trotzdem 40 Prozent dieser Wohnungen aus nur 2 Räumen einschließlich der Küche bestanden. In Chemnitz hatten 68 Prozent aller Wohnungen nicht mehr als 1 Zimmer. In Breslau muhten (1908) 43,7 Prozent der Einwohnerschaft die Wohnung wechseln; 44 Prozent aller Wohnungen hatten nur 1 holzbares Zimmer; auf solche Wohnungen waren 188 872 Personen angewiesen.

Zwischen diesen haben sich diese Elendsbilder in grauenhafter Weise vermehrt. Darunter müssen Tausende körperlich und seelisch zugrunde gehen. Tuberkulose, Rachitis und andre Krankheiten finden in diesen feuchten, luftramen, dumpfen Wohnungen den besten Nährboden. Prostitution und körperliche Verzögerung sind häufig auf das Wohnungsleid zurückzuführen. Die große Säuglingssterblichkeit hat zum großen Teil ihre Ursache darin. Die Säuglingssterblichkeit betrug in Berliner Arbeitervororten: Welschen 31,9 Proz., Brix 29,34 Proz., Ochsenberg 25,11 Proz., im westlichen Villenviertel Dahlem dagegen nur 6,87 Proz. Der bekannte Städtestatistik Reife liefert folgendes Material: In Breslau starben auf 1000 Einwohner von den Mietstufen 150—300 M. im Alter bis zu 2 Jahren 565, von 2—5 Jahren 53 und von 5—15 Jahren 36 Kinder. Dagegen starben in der Mietstufe von 300—700 M. 322, 58 und 40 Kinder (in den genannten Altersklassen). Von der Mietstufe 700—1500 Mark lagar nur 235, 51 und 47 Kinder.

Solche Zahlen liefern sich auch von andern Städten Deutschlands feststellen, sie zeigen, wie dringend notwendig es ist, ge- nügend und gesunde Wohnungen zu bauen.

Die Kriegszeit hat den Wohnungsbau ganz unterbunden. Nach dem Kriege verlagerte die Privatwirtschaft im Bauwesen vollständig. Es fehlten rentable Spekulations- und Profitmöglichkeiten. Die Unternehmensinitiative für die Bautätigkeit wird nur durch den Profit angeregt. Ja, wenn sich die Mieten um das Doppelte steigern lassen und den Hausbesitzern durch milde Wertheisungen ihrer Gebäude Milliarden in den Schoß fallen, dann wird gebaut.

Auf kapitalistischer Grundlage läuft sich die Wohnungssfrage überhaupt nicht lösen. Wir haben Baustoffe und dennoch große Massen arbeitsloser Bauarbeiter und Handwerker und eine

Wohnungsnot, die zum Himmel schreit. Überall hören wir klagen und lesen Aufrufe: „Wenn wir nicht bauen, gehen wir zugrunde!“ Das ist alles richtig. Trotzdem wird nicht gebaut, trotzdem müssen die Bauarbeiter längliche Arbeitslosenunterstützung beziehen und hungern, die Wohnungslücken in elenden Höhern verkommen. Trotzdem wird die Baustoffherstellung eingestellt.

Die Baustoffe für Wohnungsbauten sind ums 15- bis 20-fache gestiegen. Die Herstellung einer einfachen 3-Zimmer-Wohnung kostet 70 bis 80 000 Mk. An diesen unbillablen Zuständen haben zweitlos die Regierungen ein großes Mahl Schuld, weil sie nicht willens waren, dem Wucher und der steigenden Versteuerung der Baustoffe energetisch zu begegnen. Sie haben zugeschaut, wie profitlüstige Besitzer von Biegeleien diese abrachen, weil die Koalition der Industrie sie trotz Stilllegung teilnehmen läßt am Profit. Der Verkauf als Überbruchmaterial stiegerte den Gewinn. Staat und Gemeinden haben die Teuerung gefördert, indem sie ihre Erzeugnisse (Holz, Steine usw.) für dieselben hohen Preise absetzen, wie die Privatindustrie. Die Regierung begünstigte die Bestrebungen kapitalistischer Unternehmer, die Preiserhöhungen von Baustoffen über das berechtigte Maß hinaus vorzunehmen. Dafür nur ein Beispiel aus der Zementindustrie, das auch sonst sehr schrecklich ist. Alfons Herten schreibt in seinem Buch: Sozialisierung und Wiederaufbau darüber:

„Auch wurde mit allen Mitteln die Herstellung neuer billiger Zement, z. B. von Schlagzement, verhindert. Die Zementindustrie ging sogar soweit, den großen Hüttenwerken hohe Entschädigungen (in einem Falle z. B. jährlich 80 000 Mk.) zu zahlen, damit diese sich verpflichteten, ihren Entfall an Schlägen nicht auf Zement zu verarbeiten, sondern nutlos auf die Halde zu werfen. Die Folge war, daß in den meisten Fällen der Bau neuer Zementfabriken hinterblieben wurde, so daß zur Zeit unter Zementfabriken im großen und ganzen technisch erheblich rückständig sind. Pro Arbeiter und Jahr leistet ein modernes Zementwerk etwa 6000 Kilo. Unsre deutschen Zementfabriken im Durchschnitt nur etwa 1000 Kilo. Hierdurch und durch die Kosten des Kampfes gegen die aufkommenden Werke und gegen den Schlagzement wurden die Zementpreise bereits vor dem Kriege sehr erheblich verteuert. Während des Krieges und seit der Revolution haben sich diese Verhältnisse bis zur Unverträglichkeit verschärfert. Die Regierung überließ nämlich in ihrer Gutgläubigkeit (?) den Zementindustriaten selbst die Zementbewirtschaftung. Die Folge war, daß durch zwei Bundesratsverordnungen der Bau von Zementwerken verboten und die anstehenden Werke zum Eintritt in die Syndikate gezwungen wurden. (1) Nachdem so der Ring geschlossen war, wurde der Preis von 25 Mk. vor dem Kriege nah und nach auf 90 Mk. bis zum Ende des Krieges und seitdem weiter auf etwa 280 Mk. pro Tonne erhöht. Zu diesem Preis ist jedoch fast nichts zu erhalten, vielmehr muß der Zement meist im Wege des Schleichhandels zum doppelten und dreifachen des offiziellen Preises gekauft werden.“

Wie sehr diese Preiserhöhungen über das berechtigte Maß hinausgehen, ergibt sich daraus daß im letzten Kriegsjahr 1918 die Gewinne der Zementindustrie trotz der damals auf etwa 80 Prozent gesunkenen Erzeugung höher waren, wie in irgendinem Jahre vor dem Kriege. Ein modernes Zementwerk kann, besonders bei Verwendung von Schlägen, selbst bei den heutigen Löhnen und Kostenpreisen Zement zu etwa 80 bis 100 Mk. pro Tonne herstellen. Die Allgemeinheit muß aber 300 bis 1000 Mk. pro Tonne bezahlen, weil trotz des geringen infolge des Kohlenmangels nur noch ein Zehntel bis ein Fünftel der Normalleistung beträchtlichen Beschäftigungsgrades das ganze in den veralteten Zementwerken angelegte Kapital höher verzinst werden soll als in irgendeinem Friedensjahr.“

In den andern Baustoffindustrien sind die Verhältnisse nicht viel besser. Und das alles, trotzdem uns nicht weniger wie 1 bis 1½ Millionen Wohnungen in Deutschland fehlen.

In den letzten Wochen wurde im Wohnungsausschuß des Reichstages zur Wohnungssfrage Stellung genommen. Sehr interessant waren die Ansichten der einzelnen Parteivertreter zur Lösung dieses Problems. Das etwas getan werden muß, sehen auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien ein. Sie wissen ja am besten, wie wahr der Spruch ist: „Eigner Herr ist Goldes Wert!“ Idealisten sind überzeugt von den sozialen Schäden und den städtischen und gesundheitlichen Gefahren, die die Wohnungsnot in sich birgt; sie sind aber leider kurzsichtig und verbündet genug, um nicht zu erkennen, daß die Privatwirtschaft vollständig versagt und die Sozialisierung das Gebot der Stunde ist. Das große Geldmittel notwendig sind, um das Elend zu beseitigen, wissen alle. Die Regierung erklärt zwar, Mittel zur Verfügung zu stellen, wie hören aber von ihr nur das alte Klageleder, daß in den Etat nichts mehr aufgenommen werden kann, ohne Deckung dafür zu haben. Sie jammert über die schlechte Finanzlage und den bevorstehenden Zusammenbruch.

Die Regierung macht deshalb Vorschläge zur Schaffung einer Mietsteuer, um Mittel für den Wohnungsbau zu erhalten. Diese Vorschläge werden von den bürgerlichen Parteien sehr vorsichtig aufgenommen. Einzelne dagegen sprechen sich anfanglich sämtliche sozialistischen Vertreter aus. Von anderer Seite wurden Vorschläge gemacht, sogenannte „Heimstätten-Darlehenfasschne“ herauszugeben. Die Vertreter der USPD sprachen sich entschieden für die Sozialisierung des Bauwesens und des Bodens aus. Sie forderten aus Reichsmittel Förderung des Wohnungsbau. Die Regierung versagt vollständig. Sie lehnt es ab, Mittel aus dem laufenden Etatnahmen für diesen Zweck bereitzustellen, während sie für weit weniger wichtige Dinge Milliarden auswirft. Sie hat 5 Milliarden für Militär, zahlte Prämien aller Art an die „notleidende“ Landwirtschaft, 37 Milliarden Mark Entschädigung versprach sie den Reedern usw., ohne Rücksicht, ob Deckung vorhanden ist.

Den Lohn- und Gehaltsempfängern werden so in geradezu schärfster Weise Steuern auf Steuern aufgebürdet, ohne lange Peilsch, statt die bestehenden kräftiger heranzuziehen, und was noch wichtiger ist, die Bestecksteuern mit der nötigen Energie und Umsicht auch einzutreiben.

Traurig aber wahr ist, daß nach vielen Beratungen und Feiern die Rechtssozialisten, wie immer, umstießen. Sie traten „schwarzen Herzen“ und seltsamen Sinns für die Mietsteuer ein, nachdem ihnen ins Gedächtnis gerufen wurde, daß der frühere Arbeitsminister Schlie der Vater dieses Kindes (Mietsteuer) sei. Für diesen Unfall wurde den Rechtssozialisten heiter Dank von den Vertretern der bürgerlichen Parteien und der Regierung gezollt. Ob das arbeitende Volk dasselbe tun wird?

Die bürgerlichen Parteien sabotieren alle brauchbaren Vorschläge zur Lösung der Wohnungssnot. Sie verfeindigen das Profitinteresse, sie wollen den Arbeitstag beschränken, nebenbei haben sie die gleiche Ansicht wie die Rechtssozialisten: daß nur dann sozialisiert werden kann, wenn Geld vorhanden ist.

Die Regierung hat, den Rechtssozialisten zu Gefallen, den Namen Mietsteuer in Wohnungsbabgabe umgewandelt. Großmütig will sie es den Gemeinden überlassen, neben der Wohnungsbabgabe eine Lugsuswohnsteuer einzuführen. Letztere soll die erste für die Massen schwachster machen. Eine gerechte und klare Rationierung der Wohnungen allein müßte schon eine Lugsuswohnsteuer überflüssig machen. Leider müssen wir aber die Beobachtung machen, daß gegenüber den Besitzenden, wie in allen Fragen, so auch auf dem Gebiete der Wohnungsrationierung, nicht die Kraft ausgebracht wird, durchzudringen. Wie könnte es sonst möglich sein, daß „hohe und höchste Herrschaften“ ganze Villen leer stehen lassen? Wir erinnern nur an die Gräfin Martens, die in Berlin, Tiergartenstraße, eine 24-Zimmer-Wohnung durch allerlei Scheinmanöver und Schwundel gedeckt, zwei Jahre lang unbewohnt lassen konnte. Jedes Nest hat seine Tiergartenviertel!

In den letzten zwei Jahren sind in Deutschland aus öffentlichen Mitteln 4½ Milliarden Mark für Wohnungsbauten verwendet worden. Die Ausgaben liegen so wie folgt aufgegliedert:

Aus Reichsmittel	1 620 000 000 M.
Aus Mitteln der Länder und Gemeinden	1 530 000 000
Bergmannswohnungen aus der Koblenzabgabe	850 000 000
Besonderer Reichsvorrich	300 000 000
In Überleitungen mit Hilfe eines Kohlenpreis-aufschlages	150 000 000
	zusammen 4 260 000 000 M.

Von diesen Summen sind ungefähr 88 000 Neubauten, 7480 Bergmannswohnungen im Ruhrgebiet und 2300 in Oberschlesien zum Teil erstellt, zum Teil in Angriff genommen worden. 3500 Bergmannswohnungen waren Ende Dezember im Ruhrgebiet bezugsbereit. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Es konnte damit nicht einmal eine weitere Steigerung der Wohnungsnot verhindert werden. Wir brauchen jährlich mindestens 100–150 000 Wohnungen, um einer weiteren Steigerung der Wohnungsnot vorzubeugen. An der bestehenden Wohnungsnot würde dann immer noch nichts geändert sein. Auch die geschätzten Einnahmen aus der Mietsteuer sind ganz und gar ungünstig, um der Wohnungsnot zu steuern. Ein Regierungsvertreter erklärte: "In den nächsten 10 bis 20 Jahren werde die Wohnungsnot durch Massenauswanderungen und vielleicht auch durch Massensterben eine Änderung erfahren." Das bei einer solchen Ausschauung und Gesinnung in Regierungskreisen die Wohnungsfrage nicht gelöst werden kann, liegt auf der Hand. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien versagen bei der Beseitigung der Wohnungsnot nicht nur wegen der Finanzschwierigkeiten, sondern auch deshalb, weil ihnen der gute Wille fehlt.

Man beginnt sich mit esenden, unzulänglichen Quacksalberaten, belästigt erneut die Kermits der Armen mit unerschwinglichen Steuern und lädt Wohnungsnot und Elend weiter großstehen. Die Wohnungsfrage wird innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nicht gelöst werden. Erst wenn an Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft die sozialistische Bedarfsirtschaft tritt, wird die Wohnungsnot, die ein Stütz der sozialen Frage ist, beseitigt werden. Die erste Etappe zu diesem Ziel ist die Sozialisierung der Monopoliindustrien. Lehnen Endes ist auch die Wohnungsfrage eine Machtfrage, sie wird gelöst werden, wenn die Hand- und Kapitalarbeiter in ihrer großen Masse die nötige politische und wirtschaftliche Einsicht und den ersten Willen, ihre Macht durchzusehen, erlangt haben.

Mietsteuer oder Grundsteuer?

Im Wohnungsausschuss des Reichstages wird gegenwärtig ein Kampf um die Frage geführt, ob die Baulandmitteln zur Befriedigung der Wohnungsnot in Form einer Mietsteuer oder einer Grundsteuer verabreicht werden sollen.

Die Reichsregierung hat einen Gelehrtenwurf vorgelegt, in dem sie eine Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauwesens vorschlägt, die von den Ländern lediglich zur Förderung der Wohnungsbefreiung und der Siedlung erhoben werden soll. Die Abgabe soll 5 Prozent des Nutzungswertes betragen, dazu sollen aber die Gemeinden das Recht einer Aufschlagsabrechnung in der Höhe von weiteren 5 Prozent erhalten. Befreit von der Abgabe sollen die Mieter werden, deren steuerbares Jahreseinkommen nicht mehr als 8000 bis 9000 Mark (je nach der Ortsklasse) beträgt.

Der Reichstag hingegen will in einem Gelehrtenwurf die Mietsteuer durch eine Grundsteuer ersetzt wissen, die noch unlosbarer wirkt als die Mietsteuer, da diese Steuer von den Hausbesitzern auch auf die Mietbemittler abgewälzt wird, die noch dem Regierungsentwurf von der Mietabgabe befreit bleiben sollen.

Da die Verhandlungen über diese beiden Pläne im Wohnungsausschuss vor der Parlamentssitzung nicht mehr an Ende gebracht werden können, stellt sich der Auschuss auf den Standpunkt, die Regierung sollte einen Vorschlag von 1½ Millionen Mark bewilligen, damit wenigstens einmal der Anfang mit der Bautätigkeit gemacht werde. Der Regierungsvorsteher erklärte aber in der letzten Ausschusssitzung nochmals, daß ohne steuerliche Deckung sein Beitrag bewilligt werden könnte.

Wieder ein Steuerhansdral.

Ein Gegenstück zum Fall Erzberger.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages lehnte am Dienstag die Beratung des Staats des Finanzministeriums fort. Von einer allgemeinen Debatte wurde mit Rücksicht auf die politische Lage Abstand genommen. Durch eine Anfrage des württembergischen Zentrumsvorstehernden Andrei nahm die Sitzung einen überraschenden Verlauf. Er erkundigte sich nach dem Stande der Untersuchung wegen des Diebstahls von Erzbergers Steueraften, fragte, was mit den Beamten geschehen sei, die doch nicht schuldlos an dieser Entwendung sein könnten und verlangte ferner Auskunft über die Steuerangelegenheit des deutschnationalen Abgeordneten von der Kerhoff.

Der Finanzminister Wirth antwortete zunächst sehr zurückhaltend. Es sei noch nicht festgestellt, wie die Steuerakten Erzbergers abhanden gekommen seien. Im Falle Kerhoff sei vom Staatsanwalt das Verfahren eingestellt worden. Bei der Nachprüfung der Akten habe sich aber auf dem Verwaltungsweg Schwierigkeiten ergeben. Der Abgeordnete Andrei erklärte sich mit dieser Antwort nicht zufrieden. Ebenso äußerte Genosse Herz sein Begehrnis über die auffallende Zurückhaltung des Finanzministers in der Mitteilung über die Art der Schwierigkeiten, die sich im Falle Kerhoff ergeben hätten. Er bewunderte auch den Optimismus des Finanzministers, der jetzt, mehr als ein halbes Jahr nach dem Diebstahl der Erzbergerschen Akten, noch nicht festgestellt habe, wie der Diebstahl entstanden sei und wer an ihm die Schuld trage. Es läge doch deshalb die Vermutung nahe, daß die Untersuchung grobe Mängel aufweisen müsse.

Die deutschnationalen Abgeordneten Helferich und Schulz-Bromberg griffen aber den Finanzminister trotz seiner Zurückhaltung heftig an. Das Finanzamt Böhmiens, so meinte Helferich, habe doch bereits im Falle Kerhoff eine Erklärung abgegeben. Das hätte dem Finanzminister genügen müssen. Er verübelte es dem Minister, daß er überhaupt etwas über die Schwierigkeiten der Untersuchung geagt habe, vor allen Dingen hätte er nichts über den Aktendiebstahl sagen dürfen.

Dieser Versuch der Deutschnationalen, die Angelegenheit Kerhoff in Dunkeln zu lassen, aber insbesondere das Verlangen des Abgeordneten Schulz, der Finanzminister solle — obwohl seine Feststellungen ihn zu dem Gegenpart berechtigten — die Erklärung abgeben, daß die Feststellungen des Finanzamts Böhmiens unerlässlich seien, zwang den Finanzminister Wirth endlich seine Reserve aufzugeben.

Um die Vorwürfe der Deutschnationalen, die auch von den Vertretern der Demokratischen und der Zentrumspartei zurückgewiesen wurden — die Deutsche Volkspartei schwieg begreiflicherweise vollständig — abzuweichen, ergriff er mehrfach das Wort, und machte eine Reihe von Feststellungen, die für die Deutschnationalen geradezu vernichtend waren.

Unter dem lebhaftesten Erfaumen des Ausschusses stellte er zunächst fest, daß auch im Falle Kerhoff Altendiebstähle vorgekommen seien. Auf weitere Vorwürfe der Deutschnationalen erklärte er, daß auch der Beschuß des Reichstages an Nichtgenehmigung der Strafverfolgung von Kerhoff das Verfahren wesentlich gehemmt habe. Den genauen Beweis werde er später an Hand der Akten bringen. Durch den Hinweis, daß die Aufhellung dieser Sache nicht angenehm sei, suchte er die Deutschnationalen von weiteren Vorwürfen gegen ihn abzuhalten. Aber gegenüber den in Erregung geratenen Deutschnationalen half selbst diese lastige Mahnung nicht, so daß Wirth auf den erneuten Vorwurf Helferichs, Kerhoffs Verhalten als völlig einwandfrei darzustellen, erklärte: Als vom Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung Kerhoffs verlangt wurde, habe Kerhoff völlig eigenmächtig die von der Staatsanwaltschaft an seinen Schrank angebrachten amtlichen Siegel entfernt. Die Vorwürfe der Deutschnationalen gegen ihn (Wirth) seien um so unberechtigter und unbegründlicher, als er bereits vor Wochen den Abgeordneten Wirth von dem Stande der Angelegenheit benachrichtigt habe. Dieser

aber habe die Auslieferung des Aktenmaterials verlangt; ihm habe er selbstverständlich nicht entsprechen können.

Genosse Simon verlangte, daß der Minister soeben als möglich an Hand der Akten genaue Ausklärung über den Fall Kerhoff gebe. Er habe die Einsicht, daß dieser Fall nicht vereinzelt dastehé, sondern nur ein Stück aus dem System der Steuerhinterziehung der Westlichen darstelle. Zivilsachen den leidenden Persönlichkeit in den Finanzämtern und der Großindustrie seien oftmals sehr enge Verbindungen vorhanden. Mit unnachlässiger Strengkeit müsse hier eingegriffen werden, um den Verlusten der Befindenden, durch unlautere Manöver falsche Veranlagungen durchzubringen, zu begegnen. Finanzminister Wirth lagte baldige ausführliche Darlegung des Standes der Angelegenheit zu. Die Anregung des Zentrumsabgeordneten Wirth, vorläufig über diese Angelegenheit nichts in die Presse zu bringen, fand keine Gegenlebe.

Dieser Vorschlag zeigt, wie wenig angenehm den bürgerlichen Parteien die Aufstellung der Angelegenheit Kerhoff vor dem Forum der Öffentlichkeit ist, vor allem deswegen, weil dieser Fall ernst die Aufmerksamkeit darauf lenkt, mit welchen unsauberen Mitteln sich die bestehenden Kreise ihren Steuerpflichtungen zu entziehen suchen.

Wenn Bauern streiken.

Wir haben bereits wiederholt berichtet, wie sich besonders die Bauern in der Pfalz mit allen Mitteln ihrer Ableistungspflicht zum Schaden der Allgemeinheit zu entziehen suchen und wie sie gleichzeitig die Lieferung von Milch überhaupt eingesetzt haben. Im Zusammenhang mit diesem "Milchstreik" ist eine Anzahl der streitenden Bauern verhaftet worden. Daraus hat die Oberstaatsanwaltschaft in Zweibrücken von den Bauern telegraphisch die folgende freie Drohung erhalten: "In Sachen des pfälzischen Milchstreiks fordern sofortige Freilassung der Verhafteten und Aufhebung aller Bestrafte in dieser Angelegenheit, sowie Einstellung jeglicher gerichtlichen Verfolgung der Beteiligten, andernfalls passive Resistenzen, Bezirksversammlung der freien Bauernschaft Frankenthal, Türkheim und Ludwigshafen."

Die Oberstaatsanwaltschaft teilt hierzu mit, daß sie sich durch solche Drohungen in ihrem pflichtgemäßen Vorhaben gegen die Ungleichheiten nicht aufhalten lassen, sondern nach wie vor gegen diejenigen einzureichen werde, die gegen die geüblichen Vorleistungen verstoßen oder zum Widerstand gegen die Staatsgewalt sich hinreihen lassen. Die bürgerliche Bevölkerung wird eindeutig gewarnt. Sehen ihr Ohr zu sehn. Man darf gespannt sein, ob die eingeleiteten Verfahren mit derartiger Schärfe durchgeführt werden, wie man sie im Verfahren gegen Arbeiter gewohnt ist.

Pirmasens, 2. Februar. Die Ortsgruppe der freien Bauernschaft des Bezirks Pirmasens hat beschlossen, den Milchstreik abzubrechen und die anderen Bezirke zum Abbruch des Streiks aufzufordern. Die im Streik befindlichen übrigen Bezirke lehnten diese Auflösung ab.

Eimeld (Pfalz), 2. Februar. Durch die Gendarmerie wurde gestern abend eine Bauerverammlung gewaltsam aufgelöst, weil sie nicht durch die Regierungskommission genehmigt worden war.

Wozu Behörden Zeit haben.

Zu unserm unter diesen Spieldaten veröffentlichten Notiz in unserer Nummer vom 18. Januar sendet uns die Außenhandelsnebenstelle für das Buchgewerbe die folgende Verichtigung:

"In dem ... Artikel ist unter anderem gesagt worden: „Es wird immer wahrscheinlicher, daß auch hier der Einfluß des völlig reaktionären Konservatismus, das den Auslandsbuchhandel, das die Auslandsbuchhandel verstoßen oder zum Widerstand gegen die Staatsgewalt sich hinreihen lassen. Die bürgerliche Bevölkerung wird eindeutig gewarnt. Sehen ihr Ohr zu sehn. Man darf gespannt sein, ob die eingeleiteten Verfahren mit derartiger Schärfe durchgeführt werden, wie man sie im Verfahren gegen Arbeiter gewohnt ist.“

Die Außenhandelsnebenstelle weist ferner darauf hin, daß die Formuläten für den Auslandsverband deutscher Bücher durch Private lediglich in der Ausfüllung eines gedruckten Formulars bestehen. Daß der Absender auf diesem Formular eine eldesstaatliche Versicherung unterschreibt muß, daß seine Angaben wahrheitsgetreu sind und daß in dem zu versendenden Buche sein Name oder eine Widmung enthalten ist, soll nur einzurichten die Gewähr dafür bleibe, daß der Privatverkauf durch das Culgegenommen der Außenhandelsnebenstelle für das Buchgewerbe nicht vom Schieberum zur Umgehung der Kontrollvorrichtungen ausgenutzt wird. Wollte man das einzelne Buch von den gegebenen Vorrichtungen befreien, so könnte man das dafür garantieren, daß Bücher als sogenannte Geldscheine waggonsweise ohne Ausfuhrbewilligung über die deutschen Grenzen verschoben werden würden.

Wir nehmen von dieser Erklärung gern Notiz, müssen uns aber vorbehalten, nach näherem Benennen mit unserm Gewährsmann auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Die Deutschnationalen als Arbeitersfreunde.

Die Deutsche Zeitung, die jetzt unter der Chefredaktion des ehemaligen „Sozialdemokraten“ Maurenbrecher steht, hat eine Zulicht eines Arbeiters erhalten, natürlich eines deutschnationalen Arbeiters, der sich ähnlich entschieden gegen die Aufhebung des Arbeitstages wendet. Maurenbrecher hält es für nützlich, zu versichern, daß die Deutschnationalen Partei gar nicht daran denkt, einmal zur Macht gekommen, den Arbeitstag wieder zu beschränken. In ihrem Programm siehe nichts vom Arbeitstag, den der Arbeiter so sehr fürchtet. Sie erstrebe vielmehr ein „zeitgemäßes Arbeiter- und Angestelltenrecht“ und zeitgemäß könne aber unmöglich eine geistige Regelung sein, die den heute bestehenden Zustand zu Ungunsten des Arbeiters wieder verändert.

Warum dann aber die unbestimmte Formulierung der Bestrebungen und die gewundene Auslegung? Es wäre doch viel richtiger, die Deutschnationalen würden klar und unverdeckt erklären, daß sie für die Beibehaltung des Arbeitstages unter allen Umständen eintreten. Sie werden sich aber hüten, sich daraus programmatisch festzulegen. Sie hoffen nur jetzt, so lange sie nicht die Macht haben und vor allem von den preußischen Wahlen, noch einen Teil der Arbeiter und besonders der Angestellten für ihre Partei einzufangen. Sollte es den Deutschnationalen und den ihr nahestehenden reaktionären Parteien aber gelingen, die Herrschaft an sich zu reißen, würden die leichtgläubigen Arbeiter und Angestellten ihr blaues Wunder erleben.

Eicherichs „unbewaffneter“ Selbstschutz.

Der „Bayerische Jugendbund“, eine militärische Jugendorganisation der Deutschnationalen, blieb am 18. Februar in Burg bei Magdeburg die Kaiserschäfte. Junge Arbeiter erzwangen die Einziehung der Klappe. Darauf schickte der Jugendbund, wie der Vorwärts meldet, an die Polizei einen Verwaltungschein, der bestrebt war, die Kaiserschäfte wiederum eine schwarze-weiße-rote Farbe auszuziehen wolle. Für den Fall, daß die Polizeiverwaltung nicht innerhalb einer angegebenen Frist mittelt, daß die Polizei mit dem Schuh des Hauses beauftragt sei, wird angekündigt, daß der bayerische Selbstschutz mit der Hahnenschäfte bestraft werden wird. Für diesen Fall wird jede Verantwortung für die auswüchige Waffengebrauch entlehnenden Folgen und jede Haftstrafe dafür abgelehnt.

Hundertmal hat der Orgelch-Häuptling Eicherich erklärt, daß seine Organisationen unbewaffnet seien. Wer nimmt denn dann den „unbewaffneten“ Selbstschutz von Burg die Waffen her?

Vier Kriegsverbrecher angeklagt.

DA, Leipzig, 2. Februar. Das Reichsgericht hat bezüglich der ersten elf von der Entente nahestehenden Kriegsverbrechen nunmehr das Vorverfahren zum Abschluß gebracht. In vier Fällen ist es zur Erledigung der Klage gekommen. Die Verhandlungen sollen, wie verlautet, im März beginnen.

Von den acht bis neinhundert Kriegsverbrechern, deren Bestrafung die Entente verlangt werden, wenn alles gut geht, vier im März angestellt werden. Ganz vier! Und da wundert sich Herr Dr. Simons darüber, daß die Entente noch immer Deutschland mit dem schärfsten Misstrauen gegenüberstellt.

Vor der endgültigen Spaltung der deutschböhmischen Partei.

DA, Prag, 2. Februar. Die deutschen Kommunisten der Tschechoslowakei werden am 12. März einen Parteitag in Reichenberg abhalten und wollen dort den Anschluß an die dritte Internationale vollziehen.

Auf dem letzten deutschböhmischen Parteitag im Herbst vorigen Jahres ist durch die Annahme eines Kompromisses die Spaltung noch vermieden worden. Es war aber vorzusehen, daß der Karlsbader Beschuß die Spaltung nur aufschieben könnte. Tatsächlich arbeiteten die Linkefraktionen (die sogenannte Reichenberger Richtung) planmäßig auf die Zerrüttung der Partei hin, die nun nach der Dena-Meldung durch einen eigenen Parteitag besiegt werden soll.

Deutschland.

Auswendungen für Sozialversicherung und Versorgungswesen.

Der Hauptausschuß des Reichstages bewilligte in einer seiner Sitzungen sämtliche Positionen über Sozialversicherung, u. a. 121 Millionen Mark für Wohnhilfe und Wohnfürsorge und 80 Millionen Mark Rentenauflagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Altersrente. Angenommen wurden ferner alle Etatspositionen für das Verpflegungswesen. Es befinden sich darunter 500 Millionen Mark Kosten für die sozialen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, ferner 828 Millionen Mark für Behörden und Einrichtungen für die Verpflegung ehemaliger Heeres- und Marineangehöriger, außerdem 40 Millionen Mark für Zwecke der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene im Ausland.

Bayrischer Partikularismus.

München, 31. Januar. Im bayrischen Landtag sprachen sich bei der Erörterung des Haftstetts die Redner aller Parteien dahin aus, daß die bayrischen Staatswaldungen dem Staate erhalten bleiben müßten, um so mehr, als die Eisenbahnen und Wasserstraßen auf das Reich übergegangen seien. Der bayrische Finanzminister betonte, daß die bayrische Regierung wird eindeutig gewarnt, wenn sie gegen die bayrischen Waldungen mit allem Nachdruck dagegen protestieren würde, weil dadurch der finanzielle Rückhalt des bayrischen Staates gefährdet wäre. Dazu ist zu bemerken, daß der bayrische Haftstett für 1920 mit Einnahmen von 737,8 Millionen abgeschloß gegenüber 159 Millionen im Jahre 1919.

Verbot der Bordelle.

Im Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik lag am Dienstag von deutchnationaler Seite der Antrag vor, die Bordelle zu verbieten, wobei auf die Zustände in Hamburg und auf die 39 von den Franzosen im befreiten Gebiet eingerichteten Bordelle verwiesen wurde. Die Frage der Kaiserierung und der Wohnungswirtschaft wurde bei den Erörterungen ebenfalls berührt, und dazu verlangt, daß diese ebenfalls unter Strafe gestellt und § 118 des Reichsstrafgesetzbuchs demontiert umgebaut werde. Ein Regierungsvorsteher erfuhr, den Antrag auf das Verbot von Bordellen zu beschränken, worauf der eingangs erwähnte Antrag angenommen wurde.

Reichsenthärtigung für Aufruhschäden an die Stadt München.

Das Reich hat an Stelle der geforderten 6 Millionen Mark der Stadt München 3½ Millionen für die Münchener Aufruhschäden zur sofortigen Wiedergabe an die durch den Aufruhr Geschädigten überwiesen.

Freigabe der Schmalzelnjahr.

Von den zuständigen Stellen ist nunmehr die Freigabe der Einfuhr von ausländischen Schmalz, die bereits auf der Dresdner Konferenz der Ernährungsminister in Aussicht genommen worden war und schon am 1. Februar in Kraft treten sollte, endgültig beschlossen worden. Auch bezüglich der Einfuhr von Fleisch sind Erleichterungen in Aussicht genommen worden. Eine darauf bezügliche Vorlage ist in Vorbereitung.

Frauen als Referendare in Preußen. Nach einer Verfügung des preußischen Justizministers können Frauen, die die erste juristische Prüfung bestanden haben, zum Referendar ernannt werden. Jedoch dürfen Personen, welche das Geschlecht zur staatländlichen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Richters, Staatsanwalts oder eines Gerichtsdirektors sowie zur Vertretung eines Rechtsanwalts nicht gestellt werden.

Hamburgs Schiffsverkehr. Nach einem in der Hamburger Bürgerschaft gegebenen Überblick über den seit Kriegsende im Hamburger Hafen eingetretenen Aufschwung in der Schiffsbewegung war im Dezember 1918 der Tiefstand des Hafenverkehrs mit 23 823 Netto-Registertonnen der von See angelieferten Schiffen erreicht. Das ist etwa der Stand des Jahres 1853. Der Verkehr stieg langsam auf 240 085 Tonnen im Dezember 1919. Im Dezember 1920 ging

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. Februar.

Parteiangelegenheiten.

Achtung! Mitglieder des Ortsvereins L.-Plagwitz-Lindenau-Schleußig USP.

In letzter Zeit sind zu einem Teil unserer Mitglieder Leute in die Wohnung gekommen, die sich als Haustäler der Partei vorstellten und dort erklärten. Ab Dezember 1920 müssen die Parteibetriebe doppelt bezahlt werden. Das ist Schwindel! Unsere Beiträge bleiben wie bisher, wöchentlich 20 Pf. für weibliche und 30 Pf. für männliche Mitglieder, dazu kommt für jedes Quartal eine Wahlkonditionale & 50 Pf. Unsere Beiträge werden eingeholt von den beiden Haustälerinnen, den Genossen Otto Schönbrodt und Alfred Arnold. An alle anderen Personen verweigerte man die Bezahlung von Parteibetragen.

Der Vorstand des Ortsvereins.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Morgen Freitag abends 1/2 Uhr, Diskussionsabend im Goetheschlösschen, Plagwitz-Eingang Elisabeth-Allee. Der Vorstand.

Vollmarstor. Sonnabend, den 5. Februar, abends 7 Uhr, wichtige Funktionärsitzung, im Restaurant Natalienburg, Vollmarstor, Natalienstraße 12.

Pausendorf. Ortsverein der USP. Morgen Freitag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, wichtige Funktionärsitzung in der Albertsburg.

Wölfershausen. Freitag, den 4. Februar, abends 1/2 Uhr, Funktionärsitzung, im Carolabad. Erstgenannter ist unbedingt nötig.

Frauen-Agitationskommission. Freitag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer steht an der Tafel.

Nedner-Vereinigung. Sonnabend, den 5. Februar, nachm. 4 Uhr, im Volkshaus, Tafel unten. Genosse Seeger wird über "Aktuelle Politik" sprechen.

Arbeitsausschuss der USPD-Metallarbeiter. Sonnabend, den 5. Februar, im bekannten Lokal Sigmund.

Kurios XIV. Gewerbehypothek, beginnt Montag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Gartenzaal.

Kurios XVI. Rechtsstreit aus dem Betriebsrätegesetz, heute, abend 7 Uhr, im Volkshaus, Billardzimmer, Betriebsrätegesetz mitbringen.

Gruppenrat II, Bauindustrie, Montag, den 7. Februar, abends 7 Uhr, Volksversammlung im Volkshaus, Nebensaal rechts. Herr Genosse Knauer.

Gruppenrat III, Bekleidungs- und Textilindustrie, Volksversammlung im Volkshaus, Gesellschaftszaal, abends 7 Uhr.

Gewerkschaftsrat Leipzig.

Stadtbau-Probleme.

Den grössten Raum in der gestrigen Stadtverordnetensitzung nahm die Beratung über stadtbauliche Probleme ein. Ein Antrag des Prof. Herz und Genossen verlangte, „der Rat solle mit allen Mitteln dahin wirken, dass bei dem Abriss des Baarmannschen Hauses das architektonische Bild des Marktplatzes nicht beeinträchtigt wird, und dass insbesondere das Dach und die Fassade in ihren charakteristischen Formen erhalten bleibt.“ Zwecklos verdienten die Bestrebungen Unterstützung, die sich der Verschandlung des Städtebildes durch die sogenannten modernen Bauten entgegenstellen, denn gerade in Leipzig ist in dieser Beziehung schon recht viel geflindert worden. Aber deshalb ist noch lange nicht jedes alte Gebäude ein künstlerisches oder geschichtliches Baudenkmal. Der Palast, auch der sogenannte Gebäudeteile, täuscht sich bei der Auffassung des baugeschichtlichen Wertes alter Gebäude sehr leicht, wie sich gestern abend recht deutlich zeigte. Die nach dem Antrag des Prof. Herz besonders zu schützende „charakteristische“ Fassade ist nach dem Urteil des Stadtbaurats Dr. Böhning wertlos, weil sie mehrfach umgebaut und verändert worden ist, also keinen reellen Baustil darstellt, und Herr Architekt Wilschmann bezichtigte diese Fassade sogar als „mehr denn schlecht“. Das ist das Urteil zweier Fachmänner von Auf über das Urteil eines Palais mit akademischer Bildung. Noch schlimmer erging es dem Palaienrat des deutsch-nationalen Herrn Börner. Er wollte unter allen Umständen das „Türmchen auf dem Dach“ des Baarmannschen Hauses entfernen. Das Türmchen! Das Türmchen! Angeblich ist Herr Börner durch viele Zuschriften aufgefordert worden, nur ja „für das Türmchen“ einzutreten. Diesem Palais, der nicht akademisch verbüdet ist, aber um so mehr durch parlamentarische Geschwätzigkeit, der schon durch die Art des Eintretens für das „Türmchen“ lächerlich wirkte, gab der Architekt Wilschmann einen kalten Wasserstrahl, indem er mit der lühslen Ruhe des Kenners sagte, „das Türmchen ist gar nichts wert, wenn es nicht mit dem steilen gotischen Dach erhalten bleibt.“ Die Deutschnationalen blamieren sich in jeder Eleganz, bald durch ihren Pfarrer, wenn er „in Politik macht“, bald durch Herrn Börner, wenn er den Mund aufstut, den er nie halten kann. Stadtbaurat Böhning versprach übrigens, was zu retten ist und was zu retten wert ist, sollte an dem Bau erhalten bleiben.

Noch wichtiger als der Streit um die Erhaltung künstlerischer Baudenkmäler aus alter Zeit war die Auseinandersetzung über die Errichtung neuzeitlicher Baudenkmäler und ihrer Einwirkung auf das Städtebild. Die Debatte wurde durch das Projekt des Messeturms ausgelöst. Die Ausschüsse beantragten, die Eingabe wegen der Überlassung eines öffentlichen Platzes im Innern der Stadt für die Errichtung eines Messeturms auf sich beruhen zu lassen. Mehrere Mitglieder des Kollegiums — bezeichnetenweise Fachleute und Paläte durcheinander — wollten die Eingabe dem Rat wenigstens zur Kenntnisnahme überweisen, was aber auch nicht mehr ist als eine bessere Illustration des Vorentscheides. Natürlich wurden bei der Besprechung der Eingabe auch die üblichen Neubauprojekte mit besprochen. Der Oberbürgermeister wies mit Recht darauf hin, dass am gleichen Tage, an dem im Reichstag über die ungeheuren Forderungen der Entente gesprochen wird, in Leipzig recht phantastische Bauprojekte erörtert werden. Noch könnte niemand übersehen, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung gestalten wird, noch sei keins von den Projekten ausgereift. Es fanden sich Fürsprecher und Gegner der Neubauprojekte, Herr Börner befand sich unter beiden. Seine Fraktion war zuerst „für etwas ganz Großes“, aber sie wittert hinter dem Messeturm amerikanisches Kapital, deshalb ist sie „gegen das ganz Große“. Prof. Dr. Herz wandte sich gegen die Verhandlung der öffent-

lichen Plätze durch Messbuden, aber er sprach dafür, dass die öffentlichen Anlagen am Schwanenteich zugunsten des Messeturms geopfert werden. Demgegenüber erklärte Genosse Liebmann: die entsetzlichen Messbuden werde die Stadt wieder los, aber die Verhandlung durch einen solchen Messeturm auf einem solchen Platz sei überhaupt nicht gut zu machen. Deshalb sei es besser, das Projekt falle ins Wasser. Der unabhängige Redner sprach sich entschieden dagegen aus, dass die Entwicklung der Stadt um die Gestaltung des Städtebildes ausschließlich dem Bedürfnis der Messe angepaßt werden soll, denn damit werden die Interessen der Leipziger Bevölkerung denen einer höheren oder kleineren Zahl von Händlern untergeordnet. Das Bedürfnis der Messe muss dem Rahmen einer notwendigen Stadtentwicklung eingepaßt werden. Dabei muss das Bedürfnis der Bevölkerung oben anstecken, denn der größte Teil der Leipziger Bevölkerung nutzt seinen Aufenthalt im Hausemeer der Stadt verbringen, während die Händler, für die die Stadt in einen Stelzenhaus umgewandelt werden soll, sich nur einige Wochen in diesem Stelzenhaus aufzuhalten. Bei der Abstimmung blieb die Eingabe auf sich beruhen, dagegen wurde beschlossen, ein Preisauftschreiben über neue Messbuden zu veranstalten.

Vom Hochbau zum Tiefbau. Das Kollegium beschäftigte sich mit der Ausführung der Pflasterarbeiten im eigenen Betriebe der Stadt. Der Referent, Genosse Böhle, konnte über eine Reihe recht merkwürdiger Praktiken berichten, die den Verdacht bestätigen, dass die Durchführung der Neglearbeit so gesetzt wird, dass damit ihre Unwirtschaftlichkeit erwiesen werden soll. Unter der Anführung des Herrn Bollerhof Niesen denn auch die Innungskräfte und ihre Freunde sturm gegen die Neglearbeit, sie müssten sich aber von den Genossen Scheib und Böhle derbe Wahrheiten sagen lassen, und bei der Abstimmung blieben sie mit 30 gegen 34 Stimmen in der Minderheit. Bezeichnenderweise hat von den 80 Bürgerlichen Herren und Damen, es niemand gewagt, gegen die Aufrichtearbeiten im Schlachthof, die doch auch in eigner Regie ausgeführt werden, etwas einzumwenden. Sie stimmen vielmehr der Bewilligung von 400 000 M. für diese Arbeiten zu. Das erklärt sich daraus, dass dort sehr günstige Resultate mit dem Eigenbetrieb erzielt werden, weil nicht fabriziert werden konnte.

Ein unabhängiger Delegationsantrag, der am Schluss der Sitzung verhandelt wurde, verlangte die Unterschaltung der bedeu-

tenden ist. Das passive Wahlrecht zu den Kaufmanns- und Gewerbeberufen ist den Frauen in der Verordnung nicht verliehen und ihnen dadurch ein durch die Verfassung gewährleistetes Recht vorerhalten worden.

Der sozialpolitische Ausschuss richtet deshalb an die Reichsregierung das dringende Gesuch, die Verordnung vom 12. Mai 1920, erforderlichstes das Gewerbeberuf, und das Kaufmannsgerichtsrecht dahin zu ergänzen, dass den Frauen auch das passive Wahlrecht gegeben wird. Um den erwerbstätigen Frauen die Wahlbarkeit noch zu den in kürzer Zeit bevorstehenden nächsten Wahlen zu verleihen, ist eine beschleunigte Erledigung dieses Antrages geboten.

Diese Entschließung wurde angenommen. Dagegen stimmten u. a. Herr Thissen von den christlichen Gewerkschaften, die wiederum eine Koalition mit dem Gewerkschaftsbund Kaufmännischer Angestelltenverbände hat, und Herr Beckmann vom Gewerkschaftsbund der Angestellten, da ihm der Antrag zu weitgehend war. Die Minderheit, bestehend aus Arbeitgebern und diesen „Gewerkschaftsvertretern“ stimmten für eine abgeschwächte Entschließung. Eine angebliche Verfehlung der Frauenrechte, Frau Andrees, die als Vertreterin des Verbandes der weiblichen Handels- und Bureauangestellten fungierte, holt es für geboten, trotzdem diese Revolution ausdrücklich auf der Tagesordnung stand, nicht zu erscheinen.

So nahmen diese „Angestelltenvertreter“ die Unterlagen der Angestellten wahr. Es ist notwendig, dass gerade diese Vorgänge den weiblichen Angestellten zu Gemüte geführt werden, damit sie nicht von den Gegnern der Frauenarbeit im Handelsgewerbe an der Rose herumgeführt werden.

Betriebs- und Angestelltenräte. Joret also dafür, dass am 6. Februar in den nachfolgenden Lokalen

die Liste 2

des Zentralverbandes der Angestellten siegreich aus dem Wahlkampf hervorgeht.

Ziel und Ort der Wahlen.

Die Wahl der Handlungsschiffen findet am Sonntag, dem 6. Februar 1921, von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends in folgenden Lokalen statt:

„Schankwirtschaft von Ritting u. Holzig, Leipzig, Schloßgasse Nr. 24 (Vassagzimmer); Treu-Pillen in Leipzig-Nordring, Kohlpartenstraße 63; Kellenteller in Leipzig-Plagwitz, Karl-Heine-Straße 32; Schloss Drachenfels in Leipzig-Gohlis, Neuherrn Hallische Straße 11; Winter Rosengarten in Leipzig-Connewitz, Pegauer Straße 55; Schankwirtschaft von Königs in Nordvorstadt; Gathhaus zur Wölze in Taucha; Rathaus (Erdbgeschoss) in Lebereinstwoßwitz; Schankwirtschaft im Ratskeller zu Jena. Bei der Wahl der Handlungsschiffen sind die Wähler an ein bestimmtes Lokal nicht gebunden, jeder Wähler kann sein Stimmrecht nach seinem Ermessen in einem der genannten Lokale ausüben. Jeder Wähler muss bei Ausübung des Wahlrechts den amtlichen blauen Wahlausweis vorlegen.

Zentralverband der Angestellten, Leipzig, Braustraße 17.

Vächerlich!

Die Leipziger Studenten haben zu den Forderungen der Entente Stellung genommen und an die Reichsregierung ein Telegramm gesandt, in dem es am Schluss heißt:

Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Das ist weiter nichts als eine dumme Phrase. Gerade diejenigen, die zu ihr greifen — und das sind vor allem zahlreiche Angehörige der Belegschaften —, denken nicht daran, ein „Ende mit Schrecken“ zu machen. Sie halten es schon aus, dafür lassen sie aber die arbeitende Bevölkerung hungern, während sie schlummern. Der einzelne kann wohl an ein solches Ende denken, aber nicht ein 60-Millionen-Volk. Das muss leben, und zu diesem Zweck muss es mit seinen Gegnern verhandeln. Deutschland wäre nicht in die elende Lage gekommen, wenn die imperialistischen Kriegstreiber unter Führung des großwohnungigen Wilhelm II. den Krieg nicht angezettelt und 4½ Jahre geführt hätten. Zu dieser Volksverderben gehörten auch die nationalistisch gesinnten Studenten.

Der Elternabend der 10. Volksschule (Beethovenfeier) findet Freitag, den 4. Februar, sondern Mittwoch, den 16. Februar, abends 7 Uhr, im Schulsaal statt. — 10. Volksschule, Täubchenweg 2. Elternabend, Montag, den 7. Februar, abends 7 Uhr: 1. Vorführung einer nach Engels Stimmbildungslehre geschulten Klasse (Herr Schaeffersmidt). 2. Bericht der Tätigkeit des Elternrates (Herr Vorsitzender Franke). 3. Ansprache.

Der Unfall- und Krankentransportdienst der Feuerwehr. Seit Angliederung des Unfall- und Krankentransportwagens an die Feuerwehr wurden vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1920 1910 Unfall- und Krankentransporte ausgeführt mit insgesamt 21 029 Kilometern Strecke. Für erste Hilfeleistung wurden die Sanitätswachen 2000 mal in Anspruch genommen, so dass im Durchschnitt pro Tag 21 Transporte und 20 Fälle auf den Sanitätswachen erledigt wurden. Die Transporte haben im Vergleich der gleichen Monate 1919, wo das Transportwesen noch nicht in den Händen der Feuerwehr lag, bedeutend zugenommen. Die Anspruchsnahme der Sanitätswachen ist dagegen etwas zurückgegangen, da das Publikum mit dem Verlegen der Sanitätswachen nach den Bezirksfeuerwachen noch nicht ganz vertraut sein dürfte.

Mehr Weizenmehl. Amtlich wird bekanntgegeben: Auf Anordnung des Reichsnährungsministers kommen ab 16. Februar dieses Jahres — statt wie bisher 600 Gramm — 800 Gramm aus Auslandsgetreide im Inlande hergestelltes Weizenmehl pro Kopf und Monat neben der Brokkartre zur Verteilung. Der Kilogrammpreis für Kommunalverbände beträgt 7.50 M. entsprechend den günstigeren Einlaufs- und Deutschenpreisen. Dazu treten die Zuschläge für den Kleinhandel.

Wohnungswchsel und Hauptkartenansgabe. Vom 8. Februar an werden die neuen Brot-, Zucker- und Kohlenkarten ausgegeben, und zwar in den ehemaligen Bezirkstellen. Wer etwa seine Karte aus der Zentralstelle, Schulstraße 1, noch nicht gemeldet hat, sollte dies, wie dies vor dem 8. Februar, damit er seine Karten bei der Bezirksstelle erhalten kann. Die Bezirkstellen können Anmeldesendungen nicht entgegennehmen.

Zusammenstoß mit einem Straßenbahnwagen. Heute, morgen, 1/2 Uhr, gab es an der Ecke Blücherstraße und Ecke Vorstraße einen Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem mit Holz beladenen Wagen der Firma Emil Kramer. Dieser Gefährt wurde umgeworfen und demoliert, aber auch der Bordpersonal des Motorwagens wurde stark beschädigt.

Verein für Mütterkunst zu Leipzig. Die Teilnehmerinnen an den ersten drei Mütterkursen werden hierdurch eingeladen zur Belehrung der Mütterberatungskurse. Weissenfelser Straße 18, L.-Plagwitz, am Montag, dem 7. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig. Sonntag, den 6. Februar, vormittags 9 Uhr, Generalversammlung im Volkshaus, Gesellschaftsraum. Die Vereine müssen alle vertreten sein. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Sozialistischer Red- und Lesefabend. Die Vorlesungsreihe über das Leben des Staates findet heute Abend, pünktlich 1/2 Uhr, im Spiegelsaal der Volkszeitung ihre Fortsetzung. Genosse Dr. Braunthal spricht über die Entwicklung des römischen Staates.

Die öffentl. Versammlung im Zoo

die am Sonnabendvormittag stattfindet, und sich mit den Forderungen der Entente beschäftigen wird,

muß Massenbesuch verzeichnen!

Die Arbeiterklasse wird am schwersten getroffen, deshalb muß sie einmütig protestieren!

tigen Kinder von Arbeitslosen und Kurzarbeitern, die Osterm die Schule verlassen. Genosse Thiele begründete den Antrag mit dem Hinweis auf die grobe Notlage, Bürgermeister Weber sprach sich Zustimmend über die aufgestellten Forderungen aus. Herr Weber wollte den Antrag zunächst an die Ausschüsse zur Vorbereitung verweisen, das wurde aber abgelehnt; darauf wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Kaufmannsgerichtswahl!

Um 6. Februar finden die Wahlen zum Kaufmannsgericht statt. Bis dahin müssen sich die Angestellten endgültig klar entschieden haben, wie sie sich am Tage der Wahl verhalten müssen. Unsre Organisation erhielt bei der Wahl im Jahre 1918 von 40 Bürgern nur 4. Es muss also von unten Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben doch gearbeitet werden, dass den Angestellten die erforderliche Ausbildung zuteilt wird. Es kommt oft genug vor, dass unorganisierte Söhne und Töchter von Arbeitern sich als Stimmzettel der gegnerischen Verbände benutzen lassen. Der Hinweis muss genügen, dass gerade in unsern Kreisen die Eltern ihre Söhne und Töchter genügend aufklären, damit sie am Tage der Wahl nicht die Vertreter der Realisten wählen. Mit Hochdruck arbeiten die gegnerischen Verbände, die sich nach der Revolution als Gewerkschaftsbünde bezeichnen, um die indifferenten Angestellten einzufangen. Die neu ausgetragenen Firmen müssen sollen als Werkmittel dienen, ihre schlechte Ware zu verdecken.

Auf der andern Seite ist der Gewerkschaftsbund der Angestellten, dessen hauptsächlichste Sitzung der Deutschnationale Handlungsbund ist. Er wird unterstützt von dem Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten. Gerade im Deutschnationalen Handlungsbundverband sind die meisten Kapp-Putschisten zu finden, die im März vorlaufen Jahres noch frisch und froh waren, die noch wenigen Volksrechte zu befreien. Sie sind es, die bei jeder Volksbewegung als die Geitreuen des ausbeutenden Unternehmens auftreten. Ihnen gelangt es der Gewerkschaftsbund der Angestellten. In ihm haben sich in der letzten Zeit mehrere Organisationen vereinigt. Auch keine geringe Geschäftsherrlichkeit ist sofort erkennbar, wenn man an die Unternehmertat des Herrn Gustav Schneider bei Bevratung des Betriebsverfassungsgesetzes denkt.

Die vor dem genannten Organisationen arbeiten mit alter Gewalt dahin, auf jeden Fall die weiblichen Angestellten für sich in die Wohltüre zu bringen. Eine ganz interessante Episode muss aus dem Reichsgerichtsbericht hergehoben werden. Unsre Vertreter waren es, die im Reichsgerichtsbericht zu der Verordnung vom 12. Mai 1920 folgenden Antrag stellten:

Der sozialpolitische Ausschuss der vorläufigen Reichsversammlung stellt fest, dass der im Artikel 109 des Reichsverfassung enthaltene Grundsatz der staatsbürgertlichen Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsverordnung vom 12. Mai 1920 nicht verwirklicht

murden allgemeine Neuwahlen nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht angeordnet. Ich beabsichtige, ein Gesetz vorzulegen, das nicht bloß die Frage der Neuwahlen regelt, sondern die ganze Ordnung der Gemeinden organisch umgestalten soll. Es fragt sich nur, ob die Gemeindeordnung ganz oder stückweise vorgelegt werden soll. Das Gesamtministerium hat dazu noch keine Sichtung genommen. Die Wahlordnung mit dem Referenten-Entwurf ist in Vorbereitung und wird baldigst dem Landtag zugehen. Da die Gemeindewahlen die Grundlage bilden für die Bezirksvertretungen, die Bezirksausschüsse und die Kreisausschüsse, so muß dann auch für alle Gemeinden ein Tag als Wahltag festgelegt werden. Dadurch stärkt man auch die Wahlbeteiligung und die abgegebenen Stimmen können dann auch für die Vertretungen der Bezirke übertragen werden. Gleichzeitig wird eine gleichmäßige Amtszeit für alle Gemeindewertertreter erreicht und in drei oder vier Jahren können dann wieder Neuwahlen stattfinden. Für einige Jahre ist dann Ruhe und zugleich wird es ermöglicht, die Wahlbewegung in einheitlicher Weise und von kommunalpolitischen Schwerpunkten aus zu leiten.

Abg. Müller-Chemnitz (Soz.): Mit der grundjährlichen Darlegung des Ministers sind wir einverstanden. Die Schnellfahrt nach der Erkundung des Volkswillens hätte bei Ihnen (nach rechts) schon früher kommen müssen. (Sehr richtig! links.) Der Antrag ist nichts andres als ein parteipolitisches Manöver. (Sehr richtig! links. Rüge des Präsidenten.) Es kommt Ihnen nicht darauf an, die Stimmung der Wählerschaft zu erkunden, sondern die jetzige Konjunktur, die Ihnen anscheinend günstig ist, auszu nutzen. Die pedelhafte Entwicklung der Gemeinden ist Ihnen Nebensache. In andern Fällen haben Sie gar nicht diesen Wahlerfolg gehabt. Sie haben gehaft — das war allerdings früher —, die Gemeinden bedürfen einer stetigen Entwicklung, die aber gestört werde, wenn öfters gewählt werde. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Höhlschmann (D. W.): Was der Linken früher recht war, muß den Rechten sehr billig sein. In der Stimmung der Wählerschaft ist jetzt zweifellos ein Umsturz eingetreten. Eine Wahlauer von zwei Jahren muß genügen.

Minister des Innern Lipinski: Ergänzungswahlen vertraglich nicht mit der Verhältniswahl. Die gesamten Gemeindewahlen müssen einheitlich an einem Tage stattfinden. Wahrscheinlich wird es möglich sein, daß der Landtag noch vor der Verhandlung das Gemeindewahlrecht verabschieden kann, so daß dann im November einheitliche Wahlen für das ganze Land stattfinden könnten, auch in solchen Gemeinden, die eine längere Wahlauer ihrer Vertreter festgelegt haben.

Abg. Sievert (Komm.): Die Gründe für den Antrag sind durchaus genug. Wenn wir trotzdem für ihn eintreten, so deshalb, daß wir, je öfters Wahlen stattfinden, um so älter Gelegenheit haben, unsre Ansichten in die Bevölkerung hineinzutragen.

Abg. Dr. Dehne (Dem.): hält die Bearbeitung des Antrages nicht für ausreichend zur Vornahme von Neuwahlen. Die Volksstimme schlägt oft aller 14 Tage um, so daß man nicht aus den Wahlen herauskommen würde. Wenn es aber richtig sei, daß in manchen Gemeinden die Amtsdauer der Vertreter unbegrenzt sei, so wäre freilich eine Neuordnung notwendig.

Abg. Liebmann (U. Soz.): stellt fest, daß das Leipziger Gesetz bestimmt, daß die Wahlauer der Stadtverordneten bis zur neuen gesetzlichen Regelung gilt. Der Antrag sei geboren aus dem Gedanken der Deutschnationalen in Leipzig, weil sie glauben, bei baldigen Neuwahlen Vorteile für sich herauszuholen. Es wäre richtiger von ihnen gewesen, einen entsprechenden Vorstoß im Leipziger Stadtvorparlament zu unternehmen.

Der Antrag Börner geht an den Rechtsausschuß.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Gesetzentwurf über die Auswandschädigung der Landtagsabgeordneten; Antrag Goertt, betreffend sofortige Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrussland.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Gipfel der Demagogie!

Die Kommunisten arbeiten seit langem an der Zersetzung der Gewerkschaften. Deshalb haben sie sich auch mit den Unionisten und Syndikalisten verbündet und eine eigene Gewerkschaftszentrale geschaffen, die ihre Befehle von Moskau bekommt.

Dieser Zersetzungskampf können die Gewerkschaftsleitungen nicht länger mehr untätig zusehen, wenn sie sich nicht mitschuldig machen wollen an der Schwächung der Arbeiterklasse. Deshalb kündigen sie gegen diejenigen Kommunisten schärfstes statutarisches Vorgehen an, die mit ihren Taten die Gewerkschaften schädigen. Selbstverständlich wird nach der Gesinnung und politischen Betätigung der einzelnen Gewerkschaftsmitglieder nicht gefragt.

Die Kommunisten haben ein sehr schlechtes Gewissen, sie führen die Maßnahmen der Gewerkschaftsleitungen. Deshalb suchen sie den Spieß umzudrehen. Sie schreien jetzt wie die unzeitigen Kälber: die Gewerkschaftsführer wollen die Organisationen spalten. Mit dieser Lüge wollen sie über ihr eigenes Vorhaben hinwegtäuschen.

Heute ruft die kommunistische Fraktion der Metallarbeiter eine Metallarbeiter-Feierkonferenz für den 21. Februar nach Berlin ein, die angeblich zur "Wahrung der Einheit des D. M. B." dienen soll.

In dem Aufruf heißt es unter andern:

"Kein Parteiunterschied trenne uns! Metallarbeiter aller Verwaltungsstellen, nehmt Stellung zur beabsichtigten Spaltung der Organisation durch den Vorstand. Veranlasst Versammlungen, wendet euch mit aller Schärfe gegen die Beschlüsse des Vorstandes und Verträge."

Doch es aber den Kommunisten nur auf die Wahrung ihrer Parteiinteressen ankommt, läßt das Versprechen vermuten, die Kosten der Delegation aus der Parteikasse der K. P. D. zu decken.

Es ist selbstverständlich, daß unsere Genossen nicht auf den kommunistischen Leim tragen. Das beste Mittel, die Einheit der Gewerkschaft zu wahren, ist, den Kommunisten überall mit der nötigen Energie entgegenzutreten. Im D. M. B. bieten die geplanten Bezirksversammlungen und die Urabstimmung die beste Gelegenheit dazu.

Die deutsche Kleidungsindustrie

hieß vom 23. bis 25. Januar in Berlin ihren 3. Gewerkschaftstag unter reicher Beteiligung ab. In 53 Städten bestehen Organisationen der Gewerkschaft. An der Spitze steht mit einer Zahl von rund 5000 Mitgliedern Berlin, dann folgt Hamburg mit etwa 1500. München, wo noch keine Sondervereinigung besteht, darf sich demnächst der Gewerkschaft anschließen. Es wurde beschlossen, in den Gewerkschaftsrat (Vorstand) 10 Mitglieder zu wählen, von denen 7 in Berlin wohnen müssen. Die Abstimmung soll nur dem Gewerkschaftstag zustehen. Ferner soll ein besoldeter Geschäftsführer angestellt werden. Der Gewerkschaftsrat hat das Recht, notwendige Hilfskräfte einzustellen. Weiter wird beschlossen, die Zeitungs- und Zeitschriftenmarken fortfallen zu lassen, wodurch sich der Wohlfahrtsfonds um 20 Pf. erhöht. Es handelt sich um der Ergänzung. Zustimmung den sich aus dieser Änderung ergebenden Überschuss dem Fonds zur Unterstützung der Arbeitslosen zu überweisen. Sitz der Gewerkschaft bleibt Berlin. Ein Antrag, die Sterbeumlage durch Ausdehnung der Chefranzen zu erweitern, wurde dem Gewerkschaftsrat übertragen. Die Förderung eines Antrages, allen in festen Arbeits- bzw. Engagementsverhältnissen stehenden Kollegen eine nebenberufliche Tätigkeit in der Berufsgruppe "Dekoteller" zu verbieten, soll als Programmpunkt gelten. — Der Berlinsindikus Dr. Goldbaum hieß einen Vertrag über: Stellungnahme zu den wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart.

Die Versammlung nahm mit Mehrheit die sogenannte Stuttgarter Resolution an. Was es aber mit der kommunistischen Grundgesetzlichkeit auf sich hat, ging deutlich aus der Diskussion über den Vortrag des Dr. Goldbaum hervor, wobei sich sämtliche Redner gegen eine Kommunalisierung des Kinos wendeten, weil dadurch die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder verletzt würden. Die Diskussion verzerrt im übrigen, daß noch viel sozialistische Schulung notwendig ist.

Köln. In den Farbwerken vorm. Friedrich Beyer & Co. in Leverkusen ist am Sonnabend ein wilder Streik ausgebrochen. Alle Betriebe liegen still. Die Verantwortung in die Entlassung eines Arbeiters, der die Arbeit verlassen hatte, zum von ihm geleistete Preise abbau absehbar.

Die Metallarbeiter, Holzarbeiter, Schlossimmerleute und Maschinenbauer von Stralsund sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Die Arbeiter des Elektrofertigwerkes haben sich den Streikenden angeschlossen. Der Straßenbahnbetrieb ruht, die Lichtverfügung wurde nicht unterbrochen. Zu den Einigungsverhandlungen, die vom Regierungspräsidenten einberufen wurden, erschienen die Arbeitgeber nicht, weil sie weitere Lohnherabsetzung mit Rücksicht auf einen allgemeinen Preisabfall ablehnen.

Die Hafenarbeiter in Duisburg haben die Arbeit niedergelegt als Protest gegen die Einführung einer einstündigen Rückgangsfrist. Der Hafenbetrieb liegt vollständig still.

Die oberösterreichischen Gewerkschaften haben an die Interalliierte Kommission ein Schreiben gerichtet, in dem sie darüber beklagen, daß sie von der Interalliierten Kommission nicht einmal einer Beantwortung ihrer der Interalliierten Kommission am 11. Januar überreichten Eingabe würdig befunden worden sind. Sie geben weiter ein Schreiben bekannt, in dem sie um eine Erhöhung der Gehälter und Löhne um 10 Prozent von dem Arbeitgeberverband der oberösterreichischen Bergwerks- und Hüttenindustrie fordern.

Streiks in Polen.

Im Warschauer Elektrofertigwerk ist ein Streik ausgebrochen. Die Verwaltung hat keinerzeit den Arbeitern verschiedene Fortdauer bewilligt, die meisten aber nicht durchgeführt. Die Arbeiter verlangen jetzt außer der Verbesserung der Lebensmittelzuweisungen auch eine Nachzahlung von 2000 Mt. für die Monate November und Dezember. Die Telephonangestellten und Arbeiter des Gaswerkes werden ebenfalls streiken.

Unabhängig von diesem Streik ist in Warschau ein Streik der Chauffeure ausgebrochen. Desgleichen streiken die Angestellten der elektrischen Zuführleitungen in Podz, so daß deren Betrieb vollkommen stoppen gelegt wurde.

Internationaler Bergarbeiterkongress.

Das internationale Bergarbeiterkomitee hat beschlossen, einen internationalen Bergarbeiterkongress in Köln abzuhalten. Der Beginn der Verhandlungen wurde auf den 8. August festgesetzt.

Der Kongress des internationalen Transportarbeiterverbands wird am 16. April in Genf eröffnet.

Eingelaufene Schriften.

Kommunale Schulpolitik. Leitsätze zur Durchführung der Schulreform durch die Gemeinden. Von Studientrat Dr. Erich Witte. Das neue Reich. Berlischer Schriften zum Weltkrieg. Neue Folge. Zwölftes Heft. Verlag Friedrich Andreas Berlisch, A.-G. Gotha. Preis 1 Mt.

Josef Vierer, Nationaler Kommunismus. Verlag Bruno Kuhne, München, Heerstraße 58. Preis 3 Mt.

Voltaire, Mein Aufenthalt in Berlin. O. C. Nocht Verlag, München. Geheftet 11.50 Mt., geb. 14.50 Mt.

Christian Buchholz, Der Mann mit dem bösen Bild. Roman. Wilhelm Bornträger Verlag, Berlin W. 30.

Althoff

Preiswerte

Damenwäsche

Eigene Wäschefabrik in Berlin

Damen-Taghemd

aus feinfädigem Wäschestoff, mit vierdrigem Ausschnitt und Sticker-Ein- und Ansatz

37.00

Damen-Taghemd

aus gutem Hemdentuch, mit vierdrigem Ausschnitt und Barmer Hohltaumansatz

38.50

Damen-Taghemd

aus gutem Hemdentuch, vierdrigem Ausschnitt mit breitem Sticker-Ein- und Ansatz

42.50

Damen-Beinkleid

Knieform, aus feinfädigem Hemdentuch mit breitem Sticker-Ein- und Ansatz

35.00

Damen-Beinkleid

Knieform, aus feinfädigem Hemdentuch mit reicher Sticker-Ein- und Ansatz

42.00

Damen-Beinkleid

Knieform, aus galem Hemdentuch mit breitem Sticker-Ein- und Ansatz

52.00

Damen-Nachthemd

aus galem Hemdentuch m. Umlenkgraben. Stoffchen und Barmer Hohltaumansch

75.00

Damen-Nachthemd

aus feinfädigem Hemdentuch, mit vierdrigem Ausschnitt und breitem Sticker-Ein- und -Ansatz

98.00

Damen-Nachthemd

aus prima Hemdentuch. Kimonoschnitt mit reicher Sticker-Ein- und Ansatz

115.00

Garnitur

aus kräftigem Hemdentuch m. Stick-Einsatz, reich garniert

Hemd 70.00

Beinkleid 70.00

Garnitur

aus feinfädigem Hemdentuch m. reich. Sticke. u. Spitzengarnier.

Hemd 95.00

Beinkleid 95.00

Reform-Rock

aus Opal mit reicher Spitzengarnierung und Hohltaum

150.00

Reform-Rock

aus galem Hemdentuch und mit reichem breitem Sticker-Ein- und Ansatz

165.00

Reform-Rock

aus Opal, mit reicher Sticker und Spitzengarnierung

185.00

Kinder- und Baby-Wäsche in grosser Auswahl.

**Anfertigung eleganter Damenwäsche
im eigenen Atelier.**

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die Verewigung der Wirtschaftskrise.

Zwei Jahre tieffester Nachkriegsverelendung Europas und ein halbes Jahr der schwersten Absatzkrise innerhalb der gesamten Weltwirtschaft haben den kapitalistischen Staatsmännern Frankreichs und Englands noch nicht die Erkenntnis eingebläut vermoht, daß der Niedergang der mitteleuropäischen Wirtschaft auch die Quellen des kapitalistischen Wohlstands Westeuropas und Amerikas verschüttet. Die gegenwärtigen Machthaber der Entente haben in Paris Beschlüsse gefaßt, die, wenn auch nur unzulänglich und zum Teil durchgeführt und durchführbar, mit der Verschärfung unsres Elends zugleich eine Verewigung des heutigen krisenhaften Zustands der Weltwirtschaft, ein dauerndes Däniederlegen der kapitalistischen Produktion auch in den Ententeländern herbeiführen müssen.

Die heutige Wirtschaftslage Deutschlands.

Die schwere Belastung, die der deutschen Wirtschaft durch die jährlichen Reparationszahlungen auferlegt würde, würde zunächst Deutschland selbst immer tiefer und tiefer in den Abgrund stürzen, aus dem sich herauszuarbeiten in der letzten Zeit schülternde Versuche gemacht wurden. Der Banknotenumlauf ist von seinem Höchststand am Jahresende (88.805 Millionen Mark Banknoten, 11.408 Millionen Mark Darlehenskassenscheine) bis zum 22. Januar um einen geringen Betrag (auf 86.019 bzw. 11.381 Millionen Mark) zurückgegangen. Unsre Valuta hat sich gleichzeitig von Tag zu Tag gehoben. Der amerikanische Dollar, der am Jahresende noch 73,5 Ml. kostete, wurde am Tage der Pariser Beschlüsse nur mehr mit 57 Ml. bewertet. Das Pfund Sterling ging von 258 auf 221 Ml. zurück, der Schweizer Frank von 1112 auf 920 Ml. usw. Da gleichzeitig mit der Hebung unsrer Kaufkraft im Auslande, die durch das Steigen unsrer Valuta verursacht wurde, das Sinken der Weltmarktpreise sich fortsetzte, konnten unsre inländischen Produzenten und Großhändler dem konzentrierten Angriff nicht mehr widerstehen und mußten sich dazu bequemen, der sinkenden Preisstendenz auf dem Weltmarkt allmählich nachzugeben. Die Großhandelspreize der wichtigsten Rohstoffe sind in den letzten Wochen bedeutend heruntergegangen. In der Metallindustrie sind zwar die Preise für das maßgebendste Produkt, das Roheisen und seine Halbfabrikate, durch Beschlüsse des Eisenwirtschaftsbundes bis Ende Februar festgelegt, aber die Syndikate der andern Metallindustrien sahen sich zu bedeutenden Preiserhöhungen genötigt. So sanken die Preise für Fleischfabrikate um 85 auf 885 Ml. pro 100 Kilogramm, für Rindsbleche um 100 auf 855 Ml., für Kupferbleche um 100 auf 245 Ml. usw. Die sinkende Preisbewegung setzte sich auch in der weiterverarbeitenden Industrie fort: Die Preise für Erzeugnisse der Elektroindustrie sanken um 10 bis 15 Prozent, die Glaspreise um einen ähnlichen Betrag usw. Auch die Nahrungsmittel, die nicht der Bewirtschaftung unterliegen, deren Preise also dem Weltmarktniveau „angepaßt“ sind, wurden um eine Kleinigkeit billiger; es sanken die Kleinhandelspreise für Bohnen seit Jahresende von 1.90 auf 1.75 per Pfund, für Erbsen von 2.80 auf 2.60, für Reis von 4.20 auf 3.50, für Margarine von 16.50 auf 11.50 Ml. usw.

Freilich waren diese im allgemeinen recht geringsfügigen Preislenkungen nur ein kurzer und schwacher Lichtstrahl, der in das Dunkel des Proletariertauchs kaum hineinzuleuchten vermochte, um schon wieder zu verglimmen. Fabrikanten und Kleinhandel sträubten sich aufs heftigste gegen jeglichen Preisabbau. Charakteristisch dafür ist die Erklärung der Wirkwarenfabrikantvereinigung zu Chemnitz, daß so lange auf einem Preisabbau nicht gerechnet werden könne, bis sich unsre Valuta bessere und ein allmählicher Lohnabbau eintrete — und dies, obwohl seit dem Herbst v. J. die Großhandelspreise für Baumwolle von 48 auf 21 Ml. per Kilogramm, für Garn von 90 auf 60 Ml. per Kilogramm, für Gewebe von 12—14 auf 8—10 Ml. per Meter gesunken sind und obwohl sich die Gewinne der Textilindustriestellen in ungeahnte Höhen aufgeschwungen haben.

Die Wirkungen der Pariser Beschlüsse auf die deutsche Wirtschaft.

Durch die Pariser Beschlüsse werden alle Hoffnungen auf einen Preisabbau, auf eine Gesundung unsrer Währung und unsrer Valuta, auf eine Besserung der Lebenshaltung des Proletariats vollauf zunichte gemacht. Auf den ersten Eindruck von den Ententeforderungen sank unsre Valuta sofort um einige Punkte, der Dollar stieg wieder auf 67, das Pfund Sterling auf 255, der Schweizer Frank auf 1071 Ml. Seht sich diese Bewegung fort — und daran ist bei der Schwere der Belastung unsrer Wirtschaft nicht zu zweifeln —, so müssen die Waren, deren Preis dem Weltmarktniveau angepaßt ist, sofort wieder im Preis steigen. Die vermehrten Ansprüche an die Reichskasse müssen die Notenpresse wieder in intensive Bewegung versetzen, eine neuerschließende Teuerungswelle wird unsre Wirtschaft überschwemmen, die Lebenshaltung der arbeitenden Massen noch tiefer herabdrücken.

Ein unheilsverkünder Vorboten dieser neuen Teuerungswelle ist die Ankündigung von Preiserhöhungen für Kali und Getreide. Das Kalisyndikat hat eine Preiserhöhung um 50 bis 55 Prozent beantragt, und der Reichskalifrat scheint nicht abgeneigt zu sein, diesen Antrag zu bewilligen. Begründet wird er damit, daß die inländischen Verkaufspreise die Betriebslosen lange nicht mehr decken, die Auslandsverkäufe aber infolge der Weltwirtschaftskrise stagnieren, so daß die Betriebe mit Verlust arbeiten und zu Betriebs einschränkungen und Arbeiterentlassungen geschritten werden müßten. Wie groß die Verluste der armen Kalifabriken sein müssen, davon geben die Börsenkurse der Aktien, die eine ungeahnte Höhe erreicht haben, und die festen Dividenden, die den Aktionären ausgeschüttet werden, beredtes Zeugnis. Über ein ebenso beredtes Zeugnis von Wahnwirr der kapitalistischen Wirtschaftsordnung legen die Betriebeinschränkungen ab, die von den Kalifabriken tatsächlich bereits in weitem Umfang vorgenommen werden, zu einer Zeit, in der der verdorrende Boden Deutschlands nach diesem kostbaren Dungmittel geradezu hungert. Aber wie heute der Hase läuft, wird natürlich nicht die einzige Lösung aus diesem Widerspruch zwischen privatwirtschaftlicher Profitgier und den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten in Angriff genommen werden: die Sozialisierung des Kalibergbaus, sondern es werden die Preisanträge des Kalisyndikats angenommen und zur Entschädigung dafür den Landwirten eine weitere Erhöhung des Getreidepreises zugestanden werden. Das Spiel ist bereits abgetarzt, die Rollen gut verteilt: in den nächsten Tagen wird der Reichskalifrat über die Anträge des Syndikats entscheiden und am Tage nach den Preisenwahlen die Konferenz der Ernährungsminister die Getreidepreise erhöhen und damit den Aufschwung zur neuerlichen Erhöhung des Preisniveaus aller Waren geben.

Jetzt werden, beredtes Zeugnis. Über ein ebenso beredtes Zeugnis von Wahnwirr der kapitalistischen Wirtschaftsordnung legen die Betriebeinschränkungen ab, die von den Kalifabriken tatsächlich bereits in weitem Umfang vorgenommen werden, zu einer Zeit, in der der verdorrende Boden Deutschlands nach diesem kostbaren Dungmittel geradezu hungert. Aber wie heute der Hase läuft, wird natürlich nicht die einzige Lösung aus diesem Widerspruch zwischen privatwirtschaftlicher Profitgier und den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten in Angriff genommen werden: die Sozialisierung des Kalibergbaus, sondern es werden die Preisanträge des Kalisyndikats angenommen und zur Entschädigung dafür den Landwirten eine weitere Erhöhung des Getreidepreises zugestanden werden. Das Spiel ist bereits abgetarzt, die Rollen gut verteilt: in den nächsten Tagen wird der Reichskalifrat über die Anträge des Syndikats entscheiden und am Tage nach den Preisenwahlen die Konferenz der Ernährungsminister die Getreidepreise erhöhen und damit den Aufschwung zur neuerlichen Erhöhung des Preisniveaus aller Waren geben.

Die Wirkungen auf die Weltwirtschaft.

Beginnen aber die Preise wieder zu steigen, die Realöhne der deutschen Arbeiter und der Stand ihrer Lebenshaltung weiter zu sinken, so schwinden alle Vorstellungen für eine Erholung der Weltwirtschaft aus dem verzweifelten Zustand, in dem sie sich heute befindet denn die zu drückendster Armut verurteilte Bevölkerung Deutschlands scheidet für absehbare Zeit als Absatzgebiet für das ausländische Kapital aus, die Absatzstagnation, die die heutige Krise hervorgerufen hat, wird verschärft und verewigt.

Die Absatzkrise.

Obwohl die Wirtschaftskrise bereits ein halbes Jahr dauert, steht die kapitalistische Wirtschaft auch heute noch vollkommen in ihrem Banne. Eine vermehrte Produktion steht ein verminderter Absatz gegenüber. In England z. B. stieg die Kohlenproduktion von 4,5 Millionen Tonnen wöchentlich vor dem Kohlenstreik auf 5,2 Millionen Tonnen Mitte Dezember, die Produktion von Roheisen von 400.000 Tonnen im November auf 675.000 im Dezember, die Stahlproduktion von 500.000 auf 745.000 Tonnen. Die Produktion an Schiffsräumen ist die höchste, die je erreicht wurde. Es wurden im Jahre 1920 über 2 Millionen Tonnen gebaut, um 435.000 Tonnen mehr als im Vorjahr. Aber nun liegt ein großer Teil dieser Schiffe still, da die Frachtraten nicht einmal die normalen Ausgaben mehr decken, zahlreiche Kohlengruben müssen stillgelegt werden, da die amerikanische Konkurrenz trotz der großen Entfernung die Kohlenpreise auf einen Stand herabgedrückt hat, zu dem die englischen Grubenbesitzer nicht mehr liefern zu können erklären. Für diese Produktions einschränkungen müssen die englischen Bergarbeiter doppelt büßen, sie werden nicht nur von Arbeitslosigkeit betroffen, sondern auch die Löhne der weiterbeschäftigte Arbeiter sinken, da sie von der Höhe der Produktion abhängig sind. Ab 2. Februar werden daher die Bergarbeiterlöhne um 2 Schilling für die Schicht unter den Januarlohn gesenkt. Eine ähnliche Lohnreduktion müssen sich auch die Arbeiter der Schwerindustrie gefallen lassen, da der Preis für Stahl um 20—70 Schilling per Tonne herabgesetzt wurde.

Auch im kontinentalen Westeuropa schreitet die Krise fort. Von der Textilindustrie abgesehen, die sich schon seit Monaten in der schwierigsten Lage befindet, ist nun auch die Schwerindustrie in die Krise hineingerissen worden. Der fortgesetzte Rückgang der Konjunktur und der Preise hat das große und innerlich gesetzte französische Roheisenindustriat geöffnet und die Unternehmer veranlaßt, einen Hochofen nach dem andern auszublasen. Im Zentrum der französischen Eisenindustrie, dem Becken von Longwy, sind die meisten Hochöfen erloschen, im ehemals deutschen Lothringen stehen von 65 Hochöfen nur noch 27 im Feuer, in Belgien von 52 ebenfalls nur 27, in Luxemburg von 47 noch 21. Dementsprechend ist auch die Produktion der Stahl- und Walzwerke eingeschränkt.

Amerika, das Land der höchsten kapitalistischen Blüte, ist nun zum Schauplatz der schwersten Krise geworden, die Zahl seiner Arbeitslosen ist bereits auf 3,5 Millionen gestiegen. Daneben erscheinen uns die Schläge, die die amerikanische Geschäfts- und Industrielwelt erlitten hat, fast schon als unbedeutend, wenn auch ihre Verluste im Laufe des letzten Jahres auf 2 Milliarden Dollar geschätzt werden, und der Wert der Warenlager infolge des ungeheuren Preissturzes um etwa 3 Milliarden Dollar gesunken ist. Sogar die stolzesten Industriellönige müssen dran glauben: die Anaconda Copper Mining Co., die die Sechstel des in Amerika erzeugten Rohkupfers liefert, verteilt diesmal seit langen Jahren zum erstenmal keine Dividende, und auch der Stahlkonzern mußte sich im letzten Quartal mit einem um 4 Millionen Dollar geringeren Gewinn begnügen.

Die deutsche Konkurrenz.

Diese kurzen Angaben sollen veranschaulichen, wie sehr der durch die Verarmung Mitteleuropas verursachte Absatzrückgang die Produktion und Wirtschaftskraft der westlichen Länder läßt. Wird diese Verarmung durch schwere Wiederaufnahmeverpflichtungen gestoppt, so wird der Absatz weiter gedrosselt werden. Aber Deutschland wird nicht nur ein schlechterer Kunde werden, sondern auch ein gefährlicher Konkurrent. Heute schon verdrängt die deutsche Industrie den Hungerschnüren, die sie ihren Arbeitern zahlt, die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, eine Konkurrenzfähigkeit, die der ausländischen Industrie schwer zu schaffen macht. Der lothringische Abgeordnete Wenzel hat in der französischen Kammer darauf hingewiesen, daß eine Tonne Roheisen in Frankreich um 154 Franc teurer zu stehen

komme als in Deutschland, und hat als Hauptgrund dafür angeführt, daß der Tagelohn eines deutschen Arbeiters nur etwa 8 bis 9 Franc ausmache, während der französische Arbeiter durchschnittlich 20 Franc täglich verdiente. Es ist deshalb zu verstehen, daß das deutsche Eisen den Franzosen, Belgieren und Engländern in ihrem eigenen Lande Konkurrenz macht, daß die Hölle immer zahreicher werden, wo bei Konkurrenzauftreibungen deutsche Angebote die heimischen ließ unterblieben und die Aufträge ihnen zugestellt werden. So wurde z. B. kürzlich berichtet, daß bei einer englischen Eisenbahngesellschaft, die einen Auftrag per Rohmaterial zu vergeben hatte, von den eingelaufenen Angeboten die englischen 70 Pfund per Tonne forderten, während deutsche mit 20 Pfund per Tonne vortragen. Der Auftrag ging natürlich nach Deutschland. Und wenn Rumänen, Ungarn und andre östliche Staaten Aufträge zu vergeben haben, so liegt gleichfalls in den meisten Fällen das deutsche Angebot.

So ist heute schon der deutsche Arbeiter mit seinem niedrigen Reallohn der Lohnsklave der ganzen Welt, aber sicherlich nicht zur Freude der Kapitalisten der ganzen Welt. Nun stellt man sich vor, daß die Realöhne der deutschen Arbeiter noch tiefer sinken, dann muß ihre Lohnarbeit zur größten Gefahr für die ausländischen Kapitalisten, aber auch für die ausländischen Arbeiter werden, deren Lohnhöhe durch den tiefen Stand der deutschen Löhne aufs Schwerste bedroht ist. Dazu kommt noch, daß Deutschland gezwungen sein wird, die Wiederaufnahmeverpflichtungen in Waren zu leisten, daß also die Ententeländer mit einer ungeheuren Menge deutscher Waren überschwemmt werden, die ein Abschluß der heimischen Waren aus den überfüllten Lägern noch unmöglich machen werden.

Der falsche Weg.

Es ist nicht zu leugnen, daß die deutschen Armeen der Weltkrieg Frankreichs und Belgiens tiefe und schwer zu heilende Wunden zugefügt haben. Es sind die fruchtbarsten, an landwirtschaftlicher Kultur, Industrie und Bodenschäden reichen Gebiete dieser Länder, die von den Deutschen besetzt und verwüstet wurden. Sie sind noch nicht wieder aufgebaut, noch ist der Produktionsausfall, der durch die Zerstörungen verursacht wurde, nicht ausgänglich, noch ist das ehemals so reiche Frankreich nicht imstande, mittels der Warenausfuhr seine Einfuhr und seine ausländischen Schulden zu bezahlen. Wenn sich auch der Wert seiner Warenausfuhr von 11.880 Millionen Franc im Jahre 1919 auf 22.425 Millionen Franc im Jahre 1920 gehoben hat, so mußte es immer noch um 13.364 Millionen Franc mehr Waren einführen als ausführen. Und außer dem Wert des Einfuhrüberschusses hat es noch Verpflichtungen zu begleichen, die es durch seine Kriegsverschuldung an Amerika, England, Argentinien, Spanien usw. auf sich genommen hat, während die Hauptmasse seiner Außenstände durch die bolschewistische Revolution in Russland uneinbringlich geworden ist.

Frankreich hat also unter dem Kriege und speziell unter dem Willen der deutschen Armeen in seinem eigenen Lande heute noch schwer zu leiden und es ist zu begreifen, daß es dem besiegierten Gegner eine Entschädigung für diese Schäden abwringen will. Aber die vorstehenden Ausführungen beweisen deutlich, daß der Weg, den die französischen Machthaber zur Heilung der Kriegsschäden juchen, zwar sehr bequem und einfach ist, aber unmöglich zum Aile führen kann, im Gegenteil, gerade die entgegengesetzten Wirkungen haben muß. Denn Frankreich, der unmittelbare Nachbar Deutschlands, wird von den unheilsamen Wirkungen der deutschen Verelendung am unmittelbarsten und schwersten getroffen werden. Französische Arbeiter werden das erste Opfer der Konkurrenz der deutschen Lohnhöhe sein, die französische Industrie unter der Schmiedekonkurrenz zusammenbrechen müssen. Die Ausfuhrabgabe von 12 Prozent, die nach den Pariser Beschlüssen von der deutschen Ausfuhr eingehoben werden soll, wird keinen Schuhwoll dagegen bilden können, denn unabhängig von der normalen Ausfuhr wird Deutschland Waren zur Begleichung seiner Wiederaufnahmeverpflichtungen liefern müssen, die mit den französischen Waren direkt oder indirekt konkurrieren werden. Und schließlich wird die französische Industrie in Deutschland eines ihrer wichtigsten Absatzgebiete verlieren. So wird Frankreich an den Goldmiliarden, die aus der Not der arbeitenden Massen Deutschlands herausgepreßt werden, wenig Freude haben, es wird an ihnen ersticken, wie heute schon Westeuropa und Amerika am Warenüberschuß zu ersticken drohen.

Was hier für Frankreich aufgezeigt wurde, gilt mehr oder weniger auch für England und Amerika, es gilt aber auch für die neutralen Staaten. Ihr rein kapitalistisches Interesse, aber noch mehr das ihrer Arbeiter spricht ganz eindeutig gegen die Pariser Beschlüsse. Die Kapitalisten Frankreichs und Englands war sind durch den Goldrausch, in den sie das Wörtchen „Goldmiliarden“ verkehrt hat, zu einernilichternen Abwägung ihrer eigenen Interessen unfähig gemacht worden. Das Proletariat dieser Länder aber wird sich vom Goldte, das nicht in ihre Taschen, sondern in die der herrschenden Klassen fließen wird, nicht beruhigen lassen dürfen, sondern die Solidarität mit der deutschen Arbeiterschaft, an der sie, wie gezeigt wurde, auch ein unmittelbares wirtschaftliches Interesse hat, zu wahren wissen und gegen die unheilsamen Vorschläge der Entente energisch Einspruch erheben.

Die Kalipreiserhöhung abgelehnt. Der vom uns erwähnte Antrag des Reichskalifratikats auf Erhöhung der Kalipreise wurde vom Reichskalifrat mit Stimmengleichheit abgelehnt. Die Kalifabriken sprachen die „Befürchtung“ aus, daß dieser Befehl eine große Anzahl von Kalibergwerken zum Erliegen bringen werde.

Reichstag.

Mittwoch, 2. Februar, 1 Uhr 30 Min.

Die Besprechung der Regierungserklärung.

Abg. Schäfer (Demokrat) gibt im Namen der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen demokratischen Partei, der Bayrischen Volkspartei und des Bayrischen Bauernbundes folgende Erklärung ab: Die in den vorgelegten Noten enthaltener Zumindestungen sind weder mit den Bestimmungen des Friedensvertrages noch mit der Ehe und den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des deutschen Volkes vereinbar. Zur vollen Beweisfahrt unter Verantwortung erheben wir Widerpruch gegen diejenen Missbrauch der Gewalt. (Sturm. Beifall!) Die Erklärungen des Reichsministers des Innern billigten wir. In der Entwaffnungsfrage werden wir die übernommenen Verpflichtungen im Geiste einer loyalen Auslegung ausführen. Aus demselben Grunde heraus protestieren wir gegen gegenwärtige Entschließungen, die offensichtlich gegen den Friedensvertrag verstößen. Die Verantwortung, dass durch unsre weitere Schwächung unsre Widerstandskraft gegen den Weltkriegswillen gelähmt wird, trifft die Alliierten. (Beifall; Gelächter der Kommunisten.) Ihre Vorschläge in der Reparationsfrage lassen ihre Erkenntnis feststellen, dass wesentliche Bestimmungen des Friedensvertrags sich als unmöglich erweisen haben. Die Vorschläge jedoch, die uns zu einer Abänderung des Vertrags vorgelegt wurden, sind für uns unannehmbar. Das deutsche Volk würde als Hersteller und Verarbeiter, sowie als Abnehmer und Verbraucher aus der Weltwirtschaft verschwinden, und durch die Rückwirkung, die dadurch aus alle beteiligten Völker ausgeübt würde, würden auch diese in unserm Untergang verstrickt werden. Es müssen andre Wege gefunden werden, die dem Zusammenhang zwischen deutscher Leistungsfähigkeit und Vertragserfüllung Rechnung tragen. Die Reichsregierung wird versuchen, auf der Grundlage von diesen Gesichtspunkten loyal entsprechenden neuen Vorschlägen eine Einigung zu erzielen. Gelingt es ihr nicht, so wird sie uns an ihre Seite seien, wenn sie die Annahme und Durchführung von Vorschlägen ablehnt, die die Vernichtung des deutschen Volkes in Gegenwart und Zukunft bedeuten würden. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Müller-Frankfurt (Soz.) gibt folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstags stimmt der Erklärung des Reichs-Ministers über die Unannehmbarkeit der Pariser Wiedergutmachungsvorschläge zu. (Lebh. Bravo!) Eine deutsche Regierung, die bereit wäre, diese Vorschläge für ausführbar zu erklären, wird sich nicht finden; sie würde das Vertrauen weder des Inlandes noch des Auslandes verdienen, denn sie würde sich einer Unwahrheit schuldig machen. (Zuruf d. Abg. Adolf Hoffmann. — Gegenrufe: Raus aus Deutschland!) Durch ferner Abmachungen kann die Tatsache aus der Welt geschafft werden, dass die geforderten 42 Jahreszahlungen die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes um ein Vielfaches übersteigen. Die geforderte zwölfprozentige Abgabe von der gesamten Ausfuhr sieht ebenso wie der auf 42 Jahre berechnete Tilgungsplan im Widerspruch zu dem Betrage von Verhältnissen, der eine in 20 Jahren zahlbare feste Summe, nicht aber Einnahmen aus der deutschen Wirtschaft von unbestimmter Höhe vorstellt. Die Ausfuhrabgabe bedeutet einen Zwang für die ganze Welt, die deutschen Waren teurer einzufauen, zugleich aber auch eine deutsche Herausbildung der Lebenshaltung und eine Vereinselung der deutschen Arbeiterschaft, die die stärkste Stütze der deutschen Republik ist. Die geplante Kontrolle der deutschen Auslandsanleihen und des deutschen Zahlungsstroms würde gleichfalls der Wirtschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt eine unerträgliche Zwangsjacke anlegen. Die Pariser Vorschläge schaffen nicht jene Wiedergutmachung, die das arbeitende deutsche Volk zu leisten fähig und bereit ist; sie verschärften vielmehr die wirtschaftliche Krise zur europäischen Katastrophe. Die Sozialdemokraten des Deutschen Reichstages lenken die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder auf diese drohende Gefahr und richten an sie die Aufforderung, auf das Zustandekommen von Verhandlungen hinzuwirken, die unter Berücksichtigung der internationalen gleichen Arbeiterschaft das Wiedergutmachungsproblem einer praktischen, für alle Weltbevölkerungen Lösung entgegenführen. Militärische und geheimbündlerische Widerstände, die den Gang der vertragsmäßigen Entwaffnung verzögerten, haben den Alliierten die Handhabe zu einem Entwaffnungsdiktat geboten, das über die Verpflichtungen des Friedensvertrags hinausgeht und einzelne Industrien schädigt. Seine Durchführung kann jetzt aber nicht mehr vermieden werden, wenn nicht neue schwere Gefahren für das deutsche Volk heraufbeschworen werden sollen. Die Entwaffnung Deutschlands ist jedoch heute schon soweit gediehen, dass sie die anderen Völker kein Anlass mehr besteht, die schweren Rüstungen weiter zu tragen, die sie jetzt noch bedürfen. (Sehr richtig!) Nur die allgemeine Entwaffnung wird den Frieden der Welt sichern und die Aussichtungen des wahren Völkerbundes schaffen, der das Ziel der sozialistischen Arbeiterschaft der ganzen Welt ist. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Hergt (Dts.): Wir sind durchdrungen von dem ganzen Ernst der Lage, die durch die Note der Entente regelungen geschaffen worden ist. Die Forderungen des Feindbundes gehen in ihrem materiellen Inhalt noch über die unerträglichen und unausführbaren Bedingungen hinaus, die uns durch den Frieden von Versailles aufgezwungen sind. Soll uns nicht gegenüber die neuen Zumindestungen nur ein glattes Unannehmbar. Zu den Ausführungen des Reichsministers des Innern ist über die Entwaffnungsfrage hätten wir eine entschledene Stellungnahme und einen entschiedenen Ton gewünscht. Die Not der Zeit hat die Entente veranlasst, sich bisher gewissen Abänderungen der Bestimmungen des Friedensvertrages nicht ganz zu verschließen. Diese Not ist auch nach dem 20. Juni, dem letzten für die Auflösung des Selbstschutzes gesetzten Termin nicht zu Ende. Ostpreußen erwartet, dass es angesichts der bolschewistischen Gefahr nicht im Stiche gelassen wird. (Unruhe links. — Lebhafte Beifall rechts.) Auch im Innern besteht weiter die Gefahr des Aufruhs und die Unsicherheit für Personen und Eigentum. Niemals darf eine deutsche Hand Hilfe leisten zur Verwirklichung dieser unerhörten harten Entwaffnungsbestimmungen. In der Frage der Reparation stimmen wir sachlich den Ausführungen des Ministers zu. Die Vorschläge müssen von vornherein zutreffend gewesen werden und dürfen in keiner Weise als Grundlage oder auch nur als Anhaltpunkte zu künftigen Verhandlungen dienen. Festerlicher Einspruch erheben wir gegen die angedrohten Strafmaßnahmen, die unverhüllt die Annexion des Rheinlandes und eine weitere Zerstörung des deutschen Volkstums in Aussicht stellen. Wir werden uns hinter jede Regierung stellen, die gewillt ist, diesem neuen, unerhörten Vergewaltigungsversuch mit unverweigerlicher Entschlossenheit entgegenzutreten, ebenso, wie wir jede Regierung entschlossen bekämpfen müssen, die Deutschlands Heil in der Nachgiebigkeit gegenüber unerfüllbaren Forderungen sieht. (Lebhafte Beifall rechts.) Die Note der Entente stellt Ausgeburt des Wahnsinns dar, die nicht den Anspruch erheben können, von uns ernst genommen zu werden. Wir sind der Ansicht, lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Abg. Ledebour (U. Soz.): Der Wunsch des Vorredners, dass die Entscheidung ein großes Geschlecht finden möge, teile ich. Die erste Aufgabe dieses großen Geschlechtes müsste aber sein, die volksverherrlichen Machenschaften zu zerstören, denen der Redner Ausdruck gegeben hat. (Lebhafte Bravos rechts, Beifall b. d. Unabh.) Wir sind immer wieder erstaunt, dass Herr Hergt und seine Freunde aus dem Vergangenen nichts gelernt und alles vergessen haben, was sie selbst kündigten. (Ablaufende Unruhe rechts.) Ein Teil der Rechten verlässt unter Entrüstungsfundgebungen den Saal. (Abg. Ledebour ruft: Der Exodus der Kriegsgehelden!) Bei der sachlichen Beurteilung der Note muss der leitende Geschäftsführer für das ganze Haus sein, das trotz der berechtigten Einwände, die gegen viele Forderungen erhoben werden können, doch bestehen muss, dass dieses Haus nicht die Möglichkeit hat,

durch Beschlüsse das Unheil von Deutschland abzuwenden. Darum kann ich der Rede des Herrn Dr. Simons insofern nicht völlig zustimmen, als dadurch der Eindruck erweckt werden kann — ich bin unserer eigenen Vorschläge bereit zu handeln. Darum wünschen wir, dass wir zu neuen Verhandlungen nur auf der Grundlage der Minister seiner Note eine Ausstellung erwerben können. Darum wünschen wir, dass wir den Rat annehmen, aus der Note zu erwählen, wenn andere gegnerische Vorschläge längs offen halten, auch nicht so ängstlich an den Begriff gemacht werden. Man sollte klammern. Wenn man verhandeln will, kann man alles zugrunde legen, denn man kann ja alles bestreiten, kann man alles zugrunde legen, wenn man gegen die Entwaffnungslösungen im Prinzip erregt aber die Unstimmigkeit klagt, denn ihre Ausführung würde das deutsche Wirtschaftsleben schwer treffen. An der diktatorischen Form der Entschließungen ist vor allem die Bewegung schuld, die Kriegsgefechte durch Aufstellung von geheimen Verbündeten zu lassen beachtet. Beleidigungen wie die und Österreich zweifellos auf eine neue Epoche eingestellt. (Zuruf rechts: Unannehmbar!) Die wirtschaftlichen Bedingungen müssen das deutsche Wirtschaftsleben unterstützen. Die Entente folgt darin dem Interesse ihrer Haftsiedler. Gerade in der künftigen Entwicklung der Rechten ob Kapitalisten zeigt es sich, dass man bemüht ist, gegen sie zu machen, der Rechten verschuldet hat. In der Kriegszeit hat man ungeheure, was man neuerungsprogramme aufgestellt. Gerade die sogenannten unerlaubten Parteien haben die furchtbaren Forderungen der Entente mit verurteilt. Wir unabhängigen Sozialisten aber haben das Recht, uns darüber zu entzücken, weil wir niemals einer annexionistischen Politik zugestimmt haben. Wir erwarten von dem kapitalistischen Regime der Entente keine Rückicht auf das deutsche Volk, aber wir erwarten von der westländischen Arbeiterschaft einen Einspruch gegen das Zugrundeliegen der deutschen Arbeiterschaft. Die Ausfuhrabgabe würde in erster Linie die deutsche Arbeiterschaft treffen, und auch uns ist es erschrecklich, dass Minister Simons das selbst anerkannt hat, während es von früheren bürgerlichen Regierungen immer bestritten wurde. Wir werden gegen diese Ausbeutung kämpfen, aber auch gegen die Ausbeutung durch die deutschen Kapitalisten. Ganz werden kann das ganze Problem nur auf internationaler Grundlage. Die Arbeiterschaft der Westländer erwacht schon zum Bewusstsein ihrer Pflicht. Um deren Solidaritätsgefühl zu stärken, müssen wir alles tun, die gegenrevolutionären Machenschaften im eigenen Lande zu unterdrücken. Die Bestrebungen der Orte schließen müssen mit Gewalt niedergelegt werden, und wir müssen endlich zur sozialistischen Republik kommen.

Abg. Dr. Levi (Kom.): Man wäre versucht, über die Vorgänge hier Witze zu machen, wenn man sich die Beziehungen Deutschlands zur Entente seit dem Abschluss des Waffenstillstandes vergegenwärtigt. Über die 14 Willenspunkte war das, was sich damals Regierung nannte, begeistert. Dann kam Versailles, danach der Rücktritt Brodorff-Hanhaus, das „Unannehmbar“ und Scheidemann „verdornte Hand“, und doch wurde unterschrieben, ebenso wie man in Spa unterschrieb. Die Erklärung der Koalitionsparteien steht in offenkundigem Widerspruch zu den Regierungserklärungen, und doch wollen wir in Deutschland so etwas wie einen Parlamentarismus haben. Auch mit Herrn Müllers Erklärung wird man der Entente nicht imponieren. Diese Regierung hier schreitet von Bankrott zu Bankrott, sie taumelt von der Täuschung zum Betrug, und im Betrugschmackt sie nach Täuschung. Ihre Taktik ist die der kleinen Unechtheiten und der großen Feigheiten. Mit allen möglichen Schlebungen und Mogeletten sucht sie sich von dem zu befreien, was sie im Vertrage versprochen hat. Sie ist zu selige, um der Tatsache ins Auge zu sehen, dass die Entente gestellt hat, dass mit den bisherigen Mitteln dem Volke nicht zu helfen ist, und dass der Imperialismus der Siegerstaaten bis zum Neuersten das Schwert in die Waffe werfen wird. Durch den Krieg ist eine Aenderung der politischen Konstellation eingetreten. Die unterdrücktesten Völker der ganzen Welt stehen ihren Unterdrückern gegenüber. Und der Führer der Unterdrückten ist Sowjetrussland, eine Erkenntnis, der sich auch der deutsch-nationale Professor Hochsch nicht verschließen konnte. Sowjetrussland ist die einzige weltpolitisches Macht, die der Entente Widerstand geleistet hat und noch leistet. (Lachen.) Sowjetrussland hat bestanden dank der Kraft, die die unteren Schichten an den Staat setzt, dank der Begeisterung seiner arbeitenden Bauern; nicht allein Kraft der Roten Armee. Wir erwarten von der Regierung, dass sie jetzt den Weg zu Rußland findet. Den Proletarien Deutschlands aber gilt der Ruf: Euer Leben steht auf dem Spiel, helft euren russischen Brüdern, bildet mit ihnen eine gemeinsame Kampfreihe gegen den Imperialismus. (Anhaltendes stürmisches Gelächter rechts und in der Mitte.)

Damit schliesst die Aussprache.

Präsident Löbe: Die Redner aller Parteien, mit Ausnahme der kommunistischen, haben die Unmöglichkeit dargelegt, die in der Note auferlegten Verpflichtungen durchzuführen. Mögen Ihnen und uns die Tatsachen erstaunlich erscheinen, die sich ergeben müssen, wenn unsere Gegner die Durchsetzung ihrer Forderungen gewaltsam erzwingen wollen. (Lebhafte Beifall.) Eine teilweise Erklärung für die maßlosen Forderungen sind in dem Glauben unserer Gegner zu finden, dass das deutsche Volk unverwüstlich ist und sich immer wieder emportreiben wird. Sie sollen aber bedenken, dass der starke Arm erschlaft und der beste Wille versagt, wenn einem Volke, das abgeschauten von allen Hilfskräften dem Krieg und seine Folgen ertragen hat, zugemutet wird, sich neue Wirtschaftsschäden anlegen und neue unerträgliche Bürden aufzuladen zu lassen. (Ablaufende Unterbrechungen durch die Kommunisten. — Große Unruhe.) Der Fremde, der unser Land besucht, soll nicht glauben, dass das Leben, das in den Hauptstädten, in den vornehmen Hotels und Restaurants dahinstürzt, das normale Volkseleben sei dort, wo von 650 Gemeindeschülern in kein Hemd mehr über ihrem verküpperten Körper tragen, wo Nächte und Tuberkulose herrschen, wo die Mutter blutenden Herzens die Bitte des Kindes nach einem zweiten Stück Brot abschlägen muss, dort wo Tausende verzweifelt eine Wohnung suchen, dort vernichtet jeder Tag einen Teil unserer Volkstrafe. (Zuruf d. Abg. Adolf Hoffmann. Das ist die Fortsetzung ihrer Verbrecherpolitik.) Das deutsche Parlament hat seine warnende Stimme erhoben. Wird sie überhaupt, so tragen die Folgen nicht nur wir, sondern auch ganz Mittel-Europa und auch die, die jetzt rufen. (Stürmischer Beifall und Händeschütteln im Saale und auf der Tribüne, Zwischenrufe b. d. Kommunisten.)

Das Wort zur Geschäftsordnung wird trocken Widerspruchs auf der äußersten Linke zunächst dem Schriftführer Abg. Dr. Pfleiderer (Zenit.) erteilt wobei Vorlesung einer Erklärung des bayrischen Landtages. In ihr wird die Einigkeit des deutschen Volkes gegenüber diesen unmöglichsten und unerträglichen Forderungen verlangt. Nur die geschlossene Einheit aller Stände und Parteien kann Deutschland vor dem Schicksal bewahren, der schlimmsten Sklaverei zu verfallen.

Abg. Crispin (U. Soz.): Meine Fraktion protestiert dagegen, dass der Präsident nach Schluss der Debatte das Wort zu einer längeren Ansprache genommen hat, weil die Reden den Eindruck erwecken könnten, als ob wir uns damit einverstanden erklären. Wir schenken es ab, gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien zu der Note . . . (die weiteren Worte des Redners gehen im ironischen Beifall der Mehrheit unter).

Abg. Dr. Levi (Kom.): Nach § 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung muss der Präsident, falls er sich an der Debatte beteiligen will, vorher das Präsidiuum abgeben. (Gelächter.)

Abg. Müller-Frankfurt (Soz.): Dem Präsidenten kann das Recht zu einer Erklärung nicht bestritten werden. Diejenigen, die diese Debatte herausfordern haben, beweisen damit nicht ihre Zugehörigkeit zu einem großen Geschlecht.

Abg. Ad. Hoffmann (Kom.): Unserer Meinung nach ist der Präsident nicht geschäftsordnungsmäßig vorgegangen, wogegen wir Protest einlegen. Eine bessere Kritik als das Beifallsklatschen Hessischer kann es für einen Sozialdemokraten nicht geben.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Das Vorgehen des Präsidenten ist eine Entgleisung. Nach Schluss der Debatte darf der Präsident zur Sache nicht mehr das Wort nehmen.

Abg. Trimborn (Zenit.): Meine Freunde legen Wert auf folgende Feststellung: Nach einem alten Brauch des Reichstages ist der Präsident in gewissen Situationen berufen, der Sitzung des Hauses klaren Ausdruck zu geben und das ist so gewesen, solange der Reichstag bestand, auch während des Krieges und der Nationalversammlung. Wir stellen daher fest, dass der Präsident die Geschäftsordnung nicht verletzt hat, und das wir ihm für seine Worte dankbar sind. (Stürmischer, anhaltender Beifall auch auf den Tribünen.)

Abg. Hoffmann (Kom.): Die Geschäftsordnung ist für den Schutz der Minderheit bestimmt. (Zuruf rechts: Reichstagelawinen!) Wir legen Verwahrung ein, dass der Präsident die Geschäftsordnung zu einer Kritik gegen die Minderheit benutzt.

Damit schliesst die Geschäftsordnungsaussprache und die Erdigungen der Tagesordnung geht weiter. — Zunächst wird der Note in dritter Lesung unverändert angenommen. — Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen zum Haushalt des Reichswehrministeriums. Der Antrag Radburch betrifft Neuregelung der Bestimmungen über den militärischen Waffengebrauch und betraf Abänderung der Militärgerichtsbarkeit wird abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag Müller-Frankfurt (Soz.) auf Vorlegung eines Verzeichnisses über die Waffenbestände der Reichswehr und Reichsmarine; doch soll dieses Verzeichnis nach Garantie bürgerlichen Zusatzantrags nicht die Bestände der einzelnen Regimenter ausschließen. (Zuruf des Abg. Koehne (Kommunist.): Die Planen aufführen!) Die sozialdemokratische Entgegenseitung ist abgelehnt, ebenso die Aufhebung des Waffenbeschaffungsants. wird abgelehnt. Angesichts der sozialdemokratischen Anträge auf Streichung der ersten Rate zum Bau eilen. Ebenso wird zugestimmt, dass die Sozialisten und der Kleinen Kreuzers. Dagegen in dritter Lesung wird dann der Gesetz. Gothein (Demokrat). — In Verordnungen für die Zwecke der Ehrentafel über den Erfolg von Krieg und Frieden wird ein Verfassungsbewegungswirtschaft angenommen. (Da das Gesetz eine Verfassungsbewegungswirtschaft angenommen ist, ist es wichtig, dass zwei Drittel der Mitglieder des Reichstags und Kommissionen haben den Saal verlassen zu fordern. Die Unfähigkeit des Hauses zu erzielen. Es fassen, um die Beleidigung dieser herbeizuführen. Beim Wiedereintritt lang ihnen aber nicht, müssen sie mit stürmischer Beifelte begüßt.)

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über die Betriebsgewinn- und Verlustrechnung; die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und Verlustrechnung; die Betriebsbilanz

Abg. Giebel (Soz.): Das Gesetz soll den Vorsprung auf die Vorgänge der Produktion und der Betriebsleistung einhalten. Die gemeinschaftliche Sinne sichern. Die jetzige Steigerung im Gesetz jedoch macht den Betriebsräten eine Blaupause des Gesetzes möglich. Nach der Vorlage soll die Bilanz, die den Kontrollen unvorzulegen ist, über das Unternehmen nach geschäftsbetrieblichen grundsätzlichen Ausschluss geben. Es sind sämtliche Gewerbe Bilanz-Entscheidungsvorstellungen, einschließlich der Christlichdemokratischen und einig, dass das Gesetz den vorgeesehenen Zweck nicht erfüllt, darin wollen hinzugefügt haben: „Den Inhalt der Betriebsbilanz, die unmittelbar aus den Geschäftsbüchern genommenen Ziffern bilden ferner soll angeführt werden, was danach zu den Mitteln geblieben, zu den Passiven gehört.“ Dieser Antrag sowie andere Abänderungen werden von den bürgerlichen Parteien im Ausschuss abgelehnt. Diese begrüßen sich mit dem Zusatz: „Die Bilanz ist abgelehnt. Bestände des Vermögens und der Schulden des Unternehmens so zu erhalten, dass sie für sich allein und unabhängig von anderen Urkunden eine Übersicht über den Vermögensstand des Unternehmens gewährt.“ Wir sind uns einig, dass damit die Betriebsräte in der Praxis nichts erreichen werden. Die Regierung reibt dann noch erzählt, die Länder zu veranlassen, zur Erfüllung der Steuerleistungen aus der Durchführung des Gesetzes solche Züge zu bilden, die aus einer gleichen Zahl von Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer bestehen. Das Gesetz ist nichts als eine bürgerliche Bilanz machen und entspricht im allgemeinen den bestehenden Forderungen nicht. Wir wissen ja, dass die Unternehmer nicht anwillen, das auszuführen, was ihnen gesetzlich auferlegt ist. In der Praxis werden sich dadurch immer wieder Reibereien zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ergeben, wenn das Gesetz die in den Ausschüssen beschlossene Fassung beibehält. Ich glaube, die Parteien daher, um Abänderungen anzunehmen, um ein reibungsloses Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ergeben, wenn das Gesetz die Abänderungen annehmen, um die Beleidigung im Ausschuss zugestimmen, um ein reibungsloses Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sicherzustellen.

Abg. Dr. Löwenstein (U. Soz.): Mit dem eigentlichen Radburch anfangen hat der vorliegende Entwurf nichts mehr zu tun. Es ist geeignet, das Misstrauen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber noch zu vertiefen. Die Arbeiterschaft weiß, dass sie nur durch den Klassenkampf vorwärtskommen kann. In der vorliegenden Form ist der Regierungsentwurf für uns unannehmbar, denn er gibt den Betriebsräten keine Macht. Unser Antrag, der den Betriebsräten eine verlässliche Handelsbilanz vorzulegen, an der sich ein Einblick in die Produktion gewinnen lässt. Wird unser Antrag abgelehnt, so werden wir den Arbeitern klar machen, dass auch ihre geringen erworbenen Rechte noch geschützt werden.

Abg. Döwell (Kommunist): Die Wiedergeburt des kapitalistischen Geistes spiegelt sich in diesem Gesetzesentwurf. Die Arbeiterschaft kann sich nur im offenen Kampf einzufinden, aber nicht durch die parlamentarische Gesetzgebungsmaschine. Die Arbeiterschaft werden soviel Macht haben, wie sie sich nehmen, auch gegen die Arbeitgeber. (Beifall)

Abg. Schluß (Zentrum): Um ein Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu ermöglichen, muss der gewerbliche Ausschuss geben, aber der Arbeitnehmer darf nicht die Preisgabe von Betriebsgeheimnissen verlangen. Damit schliesst die Aussprache. — § 1 wird in der Aussprache angenommen, wonach die Bilanz die Vermögensbestände und Schulden des Unternehmens derart ersehen lassen, dass sie für sich allein eine Übersicht über den Vermögensstand des Unternehmens bietet. § 1a wird in der Ausschließung des Gesetzes angenommen, wonach der Unternehmer über eine Bilanzpage-Ausschau geben und auf die Veränderungen hinweisen muss. Angenommen wird dazu ein Antrag aller bürgerlichen Parteien — monach die Ausschau sich auf die Unterlagen der Bilanz, wie jenem, ventur, Rohbilanz usw. gründen muss eine Verpflichtung zur Ausschließung von Bilanzunterlagen aber nicht besteht. — Der Rest des Gesetzes wird in der Ausschließung angenommen. Es tritt am 1. Februar 1921 in Kraft. — Anträge des Geschäftsordnungsausschusses auf Verlegung der Genehmigung zur Einführung von Strafverfahren gegen die Abg. Elshorn (Kommunist), Laubert (Kommunist) und Ernst (U. Soz.) wird zugestimmt. Angenommen werden auch Anträge des Geschäftsordnungsausschusses, dass der Untersuchungsausschuss zur Prüfung der Vorwürfe gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes aus acht Mitgliedern besteht soll.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Entschädigung für Stimmbüchsen, Wehrgefecht, Biersteuer, Waffengebrauch der Grenzschuholden, Betriebsbilanz, Wohnungsbau, Hafer-Intervention. — Schluss 1/2 Uhr.

Aus dem Stadtverordnetenrat.

Sitzung vom 2. Februar 1921.

Der Vorsitzer verliest unter den Eingängen eine Rilf-
ügerung des Rates, der es abschaut, die von ihm aufgestellte Liste
für die Belebung der Steuererhöhungsausschüsse zu ändern.
Stadtv. Scheib kritisiert das Verhalten des Rates. Es sei höchste
Zeit, dass das Zweitammersystem bestätigt wird. — Danach wird
in die Tagesordnung eingetreten.

Stadtv. Herz begründet einen Antrag folgenden Wortlauts:

Der Rat wird erachtet, mit allen Mitteln dahin zu wirken,
dass bei dem Abbruch des Baarmannschen Hauses das architektonische
Bild des Marktplatzes nicht beeinträchtigt wird und dass
insbesondere das Dach und die Fassade in ihren charakteristischen
Formen erhalten bleiben.

Wit altem Baugut ist in Leipzig sehr leichthinig gewirtschaftet worden. Die Entwicklung zur City hat sich in verhängnisvoller Weise bemerkbar gemacht. Konflikte zwischen künstlerischen Interessen und denen der Neuzzeit sind in Leipzig immer zum Nachteil der ersten gelöst worden. Je geringer der Bestand an künstlerisch wertvollen Gebäuden, desto sorgfältiger muss darüber gewacht werden. Er bittet, das Wahrzeichen des Marktplatzes zu erhalten.

Stadtbaurat Büchner: Die Fassade des Hauses ist vielfach umgebaut. Charakteristisch ist nur das große gotische Dach mit dem Dachreiter. Die Erweiterung der Darmstädter Bank würde eine gleichmäßige Durchführung des Fristes bringen, die durchaus zu begrüßen ist.

Stadtv. Böhme hält den Turm für das Wertvollste.

Stadtv. Fichtner: Die Erhaltung des Gebäudes ist nicht so wichtig. Die Darmstädter Bank muss so ausgebaut werden, dass die Nordseite des Marktplatzes einheitlich wirkt.

Stadtv. Wäschmann: Die Fassade ist nicht als schön. Reizvoll ist nur das Dach mit dem Türmchen.

Der Antrag wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Der zweite Punkt der Verhandlungen betraf a) einen Nachtrag betreffend die Verkürzung der Straßbestimmung zum Ortsgebot über die Döllnerabfuhr, b) 3 Eingaben, den Besitzern von Grundstücken in L.-Gutrich und L.-Schönenfeld nachzulassen, die Düngergruben ohne besondere einzuholende Genehmigung selbst zu räumen oder durch Beauftragte räumen zu lassen, c) Nachtrag folgenden Wortlauts zum Ortsgebot: Der Tarif für die Vergütungen wird unter Berücksichtigung der großen oder geringeren Schwierigkeiten der Raumung von dem Rat festgesetzt. Änderungen des Tarifs können mit rückwirkender Kraft für eine höchstens 3 Monate zurückliegende Zeit beschlossen werden, und zwar auch soweit die Veranlagung bereits unanfechtbar geworden ist.

Der Finanz-, Tiefbau- und Verfassungsausschuss beantragt: zu a) Zustimmung, zu b) die Eingaben dem Rat mit der Massegabe zur Berücksichtigung zu überweisen, dass die Döllnerabfuhr auf bestimmte Stunden beschränkt wird, zu c) Ablehnung.

Nachdem Stadtv. v. Wolfersdorff und Dr. Fichtner sich gegen die Erhöhung der Straßen gewandt haben, wird a) gegen einzelne Stimmen, b) und c) einstimmig angenommen.

Zugestimmt wird der Nachbewilligung von zusammen 33 150 Mark für Bauarbeiten in den Rathäusern L.-Modau und L.-Schönenfeld und der Nachbewilligung von 21 800 M. zum Einbau einer Niederdruck-Dampfheizungsanlage für die Gebestellen 4 und 5 im Stadtfreiveramt. Hierzu wird der Rat erachtet, die Heizkosten nebst Heizerlönen für das Stadtfreiveramt auf 1920/21 festzustellen und dem Stadtverordneten-Kollegium mitzuteilen.

Die Bewilligung von 5456 M. zum Einbau der elektrischen Lichtanlage in die im Markthallengrundstück gelegener Sparflasenträume wird ausgeschlossen.

Bewilligt wurden weiter 407 645 M. für Mälzereiarbeiten im Bier- und Schlachthof.

Zugestimmt wurde den Ratsbeschlüssen: 1. die vom Meßamt im Gebäude der ehemaligen 32 o. Volksschule eingerichtete elektrische Lichtanlage zu übernehmen und dem Meßamt als Entschädigung hierfür den Betrag von 15 558 M. zu bewilligen, 2. die in diesem Gebäude von der höheren Schule für Frauenberufe benutzten 8 Zimmer, die beiden Treppenhäuser und die Gänge mit Beleuchtungskörpern zu versehen und den Betrag von 3200 M. zu bewilligen.

Die Nachbewilligung von 2000 M. zur Einrichtung des Werkunterrichts in der 38. Volksschule wurde ausgeschlossen.

Der Ratsbeschluss, noch weiter 100 000 M. für Zwecke der kleinen Kleinkindersfürsorge als Berechnungsgeld nachzubewilligen, fand Aufstellung.

erner wurde zugestimmt der Gewährung einer Behilfe von 50 000 M. an die Vereinigung zur Krankenfürsorge zur Erweiterung der Erholungsstätten für Erwachsene im Südtiroler Alpenraum, sowie der Bewilligung von 25 500 M. Berechnungsgeld für Ausführung von Wege- und Wasserleitung.

arbeiten, zur Herstellung von Spielplätzen und Abortanlagen bei der Anlegung einer Kinder-Walderholungsstätte dagelehnt.

Dem Ratsbeschluss über Begründung (Stellenumwandlung) der Stelle des Leiters des Ortsamts für Arbeiterfürsorge und der Geschäftsstelle des Heimatbantes in Gruppe 9 der Bevölkerungsordnung vom 1. Oktober 1920 ab wurde zugestimmt.

Mit der Rückäußerung des Rates auf den Beschluss, abzulehnen, dass von dem für Erhöhung des Ausgleichszuschlags zu den Kinderbeihilfen und zum Ortszuschlag der unter 24 Jahre alten Angestellten bewilligten Berechnungsgeld ein Betrag von 131 000 Mark von den technischen Werken ausgebracht wird, erklärt sich das Kollegium einverstanden.

Von einer Rückäußerung des Rates wegen der Ordnung der Gebühren für Benutzung einiger öffentlicher Einrichtungen wird Kenntnis genommen.

Dem Ratsbeschluss, die Beschäftigung der für die Katalogisierung der Bibliothek des Kunstmuseum angekommenen Hilfskraft bis 31. März 1921 zu genehmigen und die hierfür noch erforderlichen Mittel in Höhe von 3050 M. nachzubewilligen, wurde Zustimmung erteilt. Ebenso der Nachbewilligung der Mehrabgabe von 4250 M., die bei Gewährung einer Beschäftigungsbeihilfe an die Gebannten entstanden ist.

Der Verfassungsausschuss beantragt, dem Rat eine Eingabe wegen Weiterbeschäftigung der ehemaligen Hilfskraft zu verlässtichtung zu überweisen, was nach einer lehr eingehenden Begründung des Stadtv. Böhme einstimmig be- schlossen wird.

Zu der Rückäußerung des Rates wegen Aussführung der städtischen Pflasterarbeiten im Eigenbetrieb be- antragt der Tiefbauausschuss 1. von der Rückäußerung des Rates Kenntnis zu nehmen, aber 2. den Rat zu eruchen, sämtliche Pflasterarbeiten in den Bezirken, auch die Neupflasterungen, im Eigenbetrieb auszuführen.

Stadtv. Böllerhof behauptet, in diesem einem Jahr sei der Beweis erbracht, dass Regiearbeit teurer als Unternehmerarbeit sei. Der Privatunternehmer sei bestrebt, den besten Slamm von Arbeitern zu erhalten. Beim Rat sei es aber Hauptache, dass der Arbeiter der USP angehört.

Stadtv. Schmidt II: Die Regiearbeit ist teurer geworden, obgleich man nur gute und leistungsfähige Arbeiter aus dem Arbeitsmarkt herausgezogen hat.

Stadtv. Herz: Die demokratische Fraktion sieht in der Regiearbeit nicht das alleinstellende Mittel. Wir sind nicht in der Lage, Punkt 2 anzustimmen.

Stadtv. Scheib: Den Ausführungen des Herrn Böllerhof muss entgegengesetzt werden, dass die Stadt nicht rationell verfahren ist. Redner weist die Behauptung des Stadtv. Schmidt als unrichtig zurück.

Stadtv. Böhme: Der Rat habe behauptet, minderwertige Kräfte erhalten zu haben, er habe jedoch genau wie die Unternehmer die Arbeiter der Reihe nach zugewiesen bekommen. Wenn die betreffenden Stellen nur die Regiearbeit besser organisierten würden, dann würde sie sich auch bewähren.

Punkt 1 wird einstimmig, Punkt 2 mit 34 gegen 30 Stimmen angenommen.

Die Eingabe wegen Genehmigung zur Errichtung einer Gonnelstation an der Pleiße wird dem Rat zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu der Eingabe wegen Überlassung eines öffentlichen Bau-
lokals im Stadtmitten für den „Handelsbau Leipziger Messe-Turm“ beantragt der Hochbau, Tiefbau, Verkehrs- und Finanzausschuss, sowie die Mitglieder des Kollegiums in den Ausschüssen des Meßamts: 1. die Eingabe auf sich beruhen zu lassen, aber im übrigen den Rat zu eruchen, eine Kostenberechnung über den von ihm ausgearbeiteten Vorschlag, auf dem Blatt hinter der Johanniskirche einen Messebau zu errichten, vorzulegen, 2. den Rat zu eruchen, unter den Leipziger Architekten einen Wettbewerb über Messehausbauten auszuschreiben, wobei Grundrissgestaltung, Architektur, Kostenberechnung usw. berücksichtigt sein müssen.

Stadtv. Krebschmar erläutert als Verleihertstatter eingehend das Vorlett. Der Ausschuss sei zu der Ansicht gekommen, dass sich der Bau des Messeturms nicht empfiehlt.

Stadtv. Böhme traut den amerikanischen Plänen nicht.

Stadtv. Sommer bittet, die Vorlage nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Technische Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Der Fremdenzugang würde durch ein solches Wahrzeichen gehoben werden. Redner bittet, die Eingabe dem Rat zur Kenntnis zu überweisen.

Stadtv. Herz: Mit Rückicht auf die jühe Arbeit und darauf, dass andre Projekte erst auf Grund dieser Eingabe entstanden sind, sollte doch nicht zur Tagesordnung übergegangen werden. Von der Stadt würde auch nur die Hergabe des Platzes, aber keine wesentlichen finanziellen Opfer verlangt. Besser ist es, einen Teil der Anlagen einzubüßen, als unsre Plätze so lange dem Verkehr zu entziehen.

Stadtv. Dr. Kunath hält einen Wettbewerb für außerordentlich zweckmäßig. Man soll die Entwicklung der Messe nicht nur zu sehr überhöhen. Vielleicht könnte man die Messehäuser der inneren Stadt um 1-2 Stockwerke erhöhen. Er hält das Bureauhaus vor dem Frankfurter Tor für ein ausgewähltes Projekt.

Oberbürgermeister Dr. Nitsch konstatiert, dass an denselben Lage, an dem im Reichstag die Forderungen der Entente beraten werden, man in Leipzig über Projekte von 50 Millionen bis zu einer Milliarde verhandelt. Die Zeit ist nicht dazu angemessen. Wir werden mit beschiedenen Mitteln den Fortbewegungen der Messe genügen müssen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht so geestigt, dass man weiß, ob die Projekte sich verwirklichen werden. Der Rat hat sie wohlwollend geprägt. Das Turmprojekt ist nicht ausgereift, vor allem fehlt eine Durchrechnung. Alle Projekte sind nur Entwürfe. Das Projekt am Königsplatz kann nicht verantwortet werden, da Wohnviertel abgerissen werden müssten. Das Projekt am Schwanenteich ist nicht ernst zu nehmen. Wenn die Gesellschaft auch gleich das Neue Theater mit in das Meßhaus einbauen wollte, müsste man mit Hamlet sagen: „Ist's Wahn oder auch, so hat es doch Methode.“ Die Verwirklichung der Projekte wird an der wirtschaftlichen Lage von selbst scheitern.

Stadtv. Liebmann: Die Turmanlage wird eine größere Verhandlung des Stadtbildes sein als die Messebuden. Die Buden werden wir wieder los, wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung ändert, den Messeturm aber nicht. Die Menge der Projekte zeigt, dass man versucht, die Entwicklung Leipzigs immer mehr auf das Bedürfnis der Messeinteressen zu zuladen. Das Bedürfnis der Bevölkerung darf aber nicht den Händlerinteressen unterordnet werden, auch nicht die künstlerischen Gesichtspunkte des Stadthauses. Die Entwicklung der Messe muss sich dem Gesamtinteresse der Bevölkerung anpassen. Alles, was die Stadt verhandelt, muss vermieden werden. Wir haben große Gedanken wegen die verlangte Kostenberechnung des Projektes eines Messehauses hinter der Johanniskirche. In dieser Aufforderung liegt die Gefahr einer Fixierung auf das Projekt. Redner beantragt, nicht nur Leipziger, sondern auch auswärtige deutsche Architekten zum Wettbewerb zu lassen.

Nach einigen Bemerkungen der Stadtv. Hagen und Wünschmann wird in der Abstimmung gegen wenige Stimmen die Eingabe auf sich berufen gelassen, mit 30 gegen 27 Stimmen die Vorlage einer Kostenberechnung für das Projekt an der Johanniskirche gesetzert und der 2. Punkt im Sinne des Antrages Liebmann einstimmig angenommen.

Ein Dringlichkeitsantrag ist eingegangen: „Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, dafür zu sorgen, dass allen bedürftigen Kindern der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, die Ostern die Schule verlassen, aus Stiftungsmitteln die nötige Kleidung beschafft wird.“

Au Stadtv. Thiel: Die Notlage der Arbeitslosen ist bekannt. Die Unterstützungen sind keineswegs ausreichend. Der Preis der Kleidungsstücke ist enorm. Die Stadt ist verpflichtet, einzutreten und den Kindern der Arbeitslosen die Kleidung zu liefern. Ich bitte um einstimmige Annahme.

Wirtzmeister Weber: Der Rat erkennt die Verpflichtung an. Die Stiftungsmittel genügen aber nicht, es müssen öffentliche Mittel herangezogen werden.

Stadtv. Weidert beantragt Verweisung an die Ausschüsse. Das wird mit 32 gegen 29 Stimmen abgelehnt und der Antrag darauf einstimmig angenommen.

Es folgte noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Briefkasten der Redaktion.

S. B. 100, Mosau. Der Absun ist nicht ausfällig. Das Vor-
gehen des Unternehmers ist unberechtigt.

S. B. 6. 1. Da es sich um Ausländer handelt, ist die Be-
glaubigung notwendig. 2. Hierzu ist die beklagte Genehmigung
der Eltern notwendig. 3. Wegen der Schulbildung müssen Sie
sich bequemstellend an den Rat wenden. 4. Es lohnt sich nicht,
diese Versammlungen zu besuchen.

P. A. 20. Nein, es hat sein Anrecht darauf.

Otto K., Gaußstr. Der Arbeitskollegie ist schadenerklaublich,
besonders dann, wenn es sich um eine vorläufige Körververleihung
handelt. Ueber die Höhe des Schmerzensgeldes müssen Sie selbst
entscheiden. 1 M. Parteilose.

M. M., Wendstraße. Die Geschwister waren, solange beide
Eltern lebten, überhaupt nicht erbberechtigt. Sie haben sich also
zu Unrecht die Sachen angeeignet. Die Frau hatte Anspruch auf
die eine Hälfte. Die Eltern hatten Anspruch auf die andere Hälfte
des Nachlasses. Die Frau möchte über dieses im voraus alle
Gegenstände erhalten, die zum Haushalt gehörten sowie die Dok-
umente. Wenden Sie sich an das Nachlassesgericht.

Reichsnotarver. 1. Ja. Die Schulden müssen Sie angeben.
Sie werden in Abzug gebracht. 2. Sie werden kaum etwas zu
bezahlen haben. 3. Ja. 2 M. Parteilose.

Während unseres Umbaus

Um Platz zu schaffen

Nur 4 Tage! Sonder-Angebot!

Kinder-Anzüge

zu unerhört billigen Preisen!

Posten I Posten II Posten III Posten IV Posten V Posten VI Posten VII Posten VIII

40.- 55.- 70.- 85.- 100.- 115.- 130.- 145.- usw.

Freitag Sonnabend Montag Dienstag

Gebr. Manes Reichsstraße 11

Ecke Salzgäßchen.

Astoria
Windmühlenstraße 31
Fernruf 18195-96
Weg-zwischen Erfolg noch lange Tage.
Lya Mara
im Schauspiel in 5 Akten
Fasching
N.d.Ullsteinroman v.P.O. Höcker
Ab Dienstag, den 8. Februar:
Die Lieblingsfrau des Nachbardecks
1., 2. und 3. Teil

Universum
Hofplatz 6 - (Gärt. Bauer)
Fernruf 18195-96
Morgen Erstaufführung des
May-Meisterfilms
Die Frau vom Gnadenstein
Schnuspiel in 5 Akten mit
Erich Kaiser-Titz
Adalbert von Schmettow
Heute letzter Tag: Columbine

Colosseum
Röhl. 12-13 Fernr. 18195-96
Morgen Freitag
Das Spiel mit dem Tode
Sensations-Drama in 3 Akten
Das Wildwestbild in 4 Akten
Texas Freds Brauerei
Heute letzter Tag: Das
Geheimnis der Spieghölle.

In Börsen.	Pfund	2.75
Braukreis, großkörnig	Pfund	2.40
Hafersoden	Pfund	3.25
N. Margarine □	Pfund	11.00
Feinster Tabak	Pfund	18.00
Rognat, Weinbrand	Liter-Hälften nur	47.00
Rognat, Weinbrand	Verdun. 1/2 l. nur	43.00
Schmalz	Pfund	13.75

Raumann

Waffendorfer Str. 38, Ecke Vorstrasse, Telefon 18535

Schweinefleisch Pf. 18.- Mk.
Gepökeltes Rindfleisch Pf. 6.- Mk.
Rob. Röser, Fleischermeister, Wallwitzstr. 2.

Occo Reiner Rauchtabak
100 Gramm 4.00 Mk. **Occo**

Rippentabak..... 100 Gramm 8.- Mk.
Schwarzer Krauser..... 50 Gramm 8.- Mk.
Zigaretten..... von 50 Pf. an

Richard Meyer, Lindenau Kulserstr. 14
Ecke Gutsmuthstr.

Geyers billige Lebensmittel
In Schmalz..... billiger Tagespreis
Margarine □..... Pf. 11.50
Schlachtwurst..... Pf. 22.00

Bohnen 1.65 Reis 2.50
Linsen Pf. 4.40 Miree Pf. 3.75
Vollheringe..... 3 Stück 2.00

Friedrichsborger Zwieback Pfad 3.50
Bei 5 Pfund Preismäßigung.
Doppelriegel 4.90

Kernseife 10 Doppelriegel 47.50
Schönefeld, Paul-Heyse-Straße 30
Sellerhausen, Böllowstraße 41
Reudnitz, Kapellenstraße 10

Gasthof Neustadt Gr. Bockbierfest

Morgen Freitag, von 11.7 Uhr an
verbunden mit **Gassen-Ball.** Urfideler Betrieb.
Blas- und Streichmusik.

Tanzpalast Papiermühle Stötteritz.
Morgen Freitag, ab 7 Uhr: Der mit überaus grohem Beifall aufgenommene
Volks-Ball mit grossem Bockbierrummel.
Tanz frei! Damen im Dienst kostüm zahlen die Hälfte. Tanz frei!

Restaurant zur Erholung Gohls-Möckern □
Am 4., 5. u. 6. Febr.: **Großes Bockbierfest** Joh.-Georg-Str. 20
Komische Vorträge
Vorlesungen Schuhjäger, Fred-Gred-Duo: Lange, Reichstein.
Eintritt frei!

Gasthof Stünz Leipziger Schweiz
Seoburgstraße 30
Neu renoviert! Feine Dekor.
Sente und folgende Tage
Bockbierfest Urfideler Betrieb
ff. Weine - Gute Küche
Kappen gratis
Gesellschaftszimmer
einige Tage frei.

Birkenschlößchen Wahren □
Jeden Freitag Ball.
Großes Bockbierfest.
Trauringe massiv Gold
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6. 1*

Achtung!

ff. Schweinesleiß Pfund 17.00 M.

ff. Rindfleiß Pfund 13.50 M.

Wurst zum billigsten Tagespreis

W. Müller, L.-Vo., Kirchstr. 48

O. Fäschners Nachf.

Anad- und Fett-Leberwurst Pf. 18 M.

Deutschen Schinkenspeck prima geräuch. Pf. 20 M.

Margarine los Pf. 12 M.

Lebensmittelgeschäft

Ganglb, Roburger Str. 18, Hedwig Boltze

Prima Tafel-Margarino 1 Pf. Mitfel 9.60

Prima Schmalz, blütenweiß, zu billigem Tagespreis

In Rindertalg Pf. 12.00

Goldfrische Tafelmargarino Pf. 10.50

Zucker honig 1 Pf. Tafel 4.50

Role, Haferlocken, Hülsenfrüchte billig und gut

Prima Kernseife Doppelriegel 4.95

in Backobst Pf. 2.20

Dyck Stötteritzer Straße 8b

Telefon 4904.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak

Gefilat: Rudolf Hanowacker, Nordhausen

Eugros-Lager Otto Spitzbart, Leipzig

Südstraße 63 — Fernruf 4489

prompt lieferbar in 50-, 100- und 500-Stück-Packungen

zu Gebietspreisen.

Revolutionäre

Theaterstücke n.w.
Auswahl zu Diensten.

Karnevals-
u. Feit. u. Vereins-Artikel.

Kataloge zu Diensten.

Tombolas
Siebert am reichhaltigen

Alfred Jahn (Festspiel) 30
(Seinrich Böhme) 30

Telefon 19245. Ständbele

Musterausstellungen.

Hulpsstellen von Sofas und

Mattressen. Jolephstraße 33.

Ab heute Gastspiel.

Dresdner Elite-Sänger!

im Varieté Gute Quelle, Brühl 42.

Täglich 11.5-7 Uhr: **Heiterer Nachmittag.** Abends 7.1 Uhr: **Das große Programm.**

Keine erhöhten Preise. — Kartenvorverkauf an der Kasse ab 12 Uhr mittags.

on gross on detail

Holschub- und Pantoffelklopf

Reif & Dorn

Telephone 19834. 1

Spezialität: Echte Leders

lackirte Schuhe mit Holschuh

Holschuh-Belebung

Holschuh- und Pantoffelklopf.

Beste Bezugssquelle

für Wiedervorläger.

Verkaufs- u. Annahmestellen:

Hauptgeschäft 2. Stötteritz

Wasserturmstraße 10. Zweig

Stellen Anger, Möllauer Str. 33

und Strehl., Wurzner Str. 43.

Hainstr. 19

Licht-U.T. Spiel

Ab morgen Freitag!

Die mit grösster Spannung erwartete II. Episode

Richard Eichbergs Abenteuer-Film

Strüflingsketten

8 höchst
spannende
Akte

Geständnis vor dem Tode

Hauptrolle:
Lee Parry :: Viol. Napierska.

Nur noch heute der I. Teil.

Billig. kaufen Sie

Röcke und
Blusen

moderne Form, gute Stoffe

P. Schmitz Nachf.

Nikolaistraße 5

36 Specks Hof-Passage, Laden 36

Geld-Lotterie

Klein-Kinder-

Bewahr-Anstalt

Leipzig-Mockau

Hauptvertreib:

Inhaberdr. Dr. G. Grotz

Leipzig, Universitätsstraße 4

Ziehung

7.-9. Februar 1921

30000

10000

5000

3000 atm.

Ziehpreis 3. Mt. 10000

2. Mt. 5000

1. Mt. 1000

2. Mt. mehr

Viele bei allen Staats-

lotterie-Einnahmen und

durch Platze kennlichen

Gehäften.

Sichtspiele Alberthalle

Ab Freitag, dem 4. Februar,

nur einige Tage

Detectiv-Doppel-Programm!

Die Todesmaske

Sensations-Detectiv-Film in 6 spannenden Akten
aus dem Zirkusleben

Der rote Klub

Detectiv-Drama in 4 Akten

Nur für Erwachsene über 18 Jahre

